Nr. 202. Freitag, den 30. August 1889. 6. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt"
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt" 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)
Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr
beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3—7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen für den Monat September ein neues Abonnement auf das **„Berliner Volksblatt"** nebst dem wöchentlich erscheinenden **„Sonntagsblatt"**.

Der **Abonnementspreis** beträgt **frei ins Haus** für das ganze Vierteljahr **4 Mark**, monatlich **1 Mark 35 Pf.**, wöchentlich **35 Pf.** Bei Selbstabholung aus der Expedition, Zimmerstraße 44,

1 Mark pro Monat.

Bestellungen werden von sämmtlichen Zeitungsspediteuren und von der Expedition unseres Blattes, Zimmerstraße 44 entgegengenommen.

Für außerhalb nehmen sämmtliche Postanstalten Bestellungen für den Monat September gegen Zahlung von 1 Mark 34 Pf. an.

Die Expedition des „Berliner Volksblatt".

Die Krisis der Republik.

In Frankreich hat die Wahlbewegung begonnen, wenn auch der Wahltermin noch nicht amtlich bekannt gemacht worden ist. Man sieht es der Situation an, daß die beiden großen Parteien, die sich bekämpfen, die alleräußersten Anstrengungen machen werden. Die Monarchisten werden Alles thun, die Republik auf parlamentarischem Wege zu stürzen; die Republikaner werden alle Kräfte aufbieten, sie zu vertheidigen. Es hängt in der That von diesen Wahlen ab, ob die Republik bestehen wird oder nicht. Diejenige Partei, welche die Mehrheit in der Deputirtenkammer erlangt, hat auch über die Staatsform zu verfügen. So liegen die Dinge nun einmal in Frankreich.

Zwar haben wir keine Befürchtung, daß etwa die Prophezeihung sich erfüllen könnte, nach welcher Boulanger und Genossen auf ihre Verurtheilung geantwortet haben. Nun, das glauben wir nicht, daß das französische Volk so thöricht sein könnte, in einer so wichtigen Abstimmung sich für einen entlarvten gemeinen Betrüger zu erklären. Wir sind überzeugt, daß der Boulangismus an sich unrettbar dem Untergang verfallen ist, wenn es ihm auch gelingen sollte, bei den Wahlen noch Lebenszeichen zu geben. Boulanger ist lächerlich und verächtlich geworden und ihm wird das französische Volk nicht die Staatsgewalt in die Hände spielen.

Aber die Zustände, aus denen der Boulangismus hervorgegangen, sie bestehen noch und sie werden binnen kurzem eine ähnliche Gegenströmung erzeugen, wenn sie nicht beseitigt werden. Der Boulangismus war nur die Form, in die sich diese Gegenströmung, die Unzufriedenheit eines großen Theils der Franzosen mit der inneren Politik, ergoß, und sie ergoß sich nur in diese Form, weil keine andere vorhanden war. Aber es kann eine neue Form leicht gefunden werden und die aufrichtigen Republikaner aller Schattirungen werden Alles thun müssen, dem vorzubeugen, wenn sie die Republik nicht auf's Neue gefährdet wissen wollen.

Thiers, dessen oberflächliche Weisheit noch jetzt so manchen Staatsmännern, die so oberflächlich sind, wie er war, zum Leitstern dient, sagte einmal: „Die Republik wird konservativ sein oder sie wird nicht sein!" Diese Phrase ist von den „konservativen Republikanern" gleich einem Fetisch angebetet worden und dennoch gehört sie zu dem Albernsten, was je aus dem Munde eines Staatsmannes gekommen ist. In dieser Zeit des allgemeinen raschen Fortschritts und der rapiden Entwickelung, namentlich unserer wirthschaftlichen Zustände, der Republik Stillstand gebieten, heißt sie zum Tode verurtheilen. Sagen wir lieber: „Die Republik wird wahrhaft demokratisch sein oder sie wird nicht sein!"

Was dazu gehört? Nun, das ist nicht unschwer zu sagen.

Das französische Volk muß sich bei den nächsten Wahlen von dem politischen Streberthum von den Aemter- und Beutejägern befreien, die bis heute in der Kammer und in den öffentlichen Aemtern dominirt haben. Diese Elemente betreiben, wie die alten Bourgeoisparteien in Nordamerika, die Politik nur als Geschäft. Nach den Wahlen ist auch ihre Devise: „Dem Sieger die Beute!" Ihnen ist die Staatsgewalt, resp. der Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten nur ein Mittel, sich zu bereichern und Einfluß zu erwerben. An Idealen fehlt es ihnen ganz und sie würden unter Napoleon III. vielleicht dieselbe Rolle gespielt haben, wie jetzt in der Republik, nur unter einem anderen Namen. Die Franzosen müssen sich andere Männer zu ihren Vertretern aussuchen als das käufliche Opportunistenthum und das hohlphrasige sogenannte Intransigententhum; es muß eine Kammer gewählt werden, in der Leute dominiren, die die Lage des Landes verstehen, die aus dem Boulanger-Skandal etwas gelernt und die auch eigene Ideen haben. Mit gedankenlosen Nachbetern veralteter Anschauungen wird man die Republik nicht befestigen.

Frankreich braucht Männer, welche im Stande sind, das lästige Finanzsystem zu ändern und zu verhindern, daß die Staatsschuldenlast immer höher anschwillt. In dieser Beziehung hat man bisher gewissenlos gewirthschaftet und dem Lande Schulden aufgebürdet, die es schwer bedrücken. Man wird darnach streben müssen, den Augiasstall der Verwaltung zu reinigen und eine Anzahl der vielen überflüssigen Stellen eingehen zu lassen, die von den Ministern nur geschaffen worden sind, um ihre Kreaturen zu versorgen. Man wird die gefährliche und überflüssige Kolonialpolitik vermeiden müssen, die nur Abenteuer der bedenklichsten Art und ungeheure Verluste mit sich gebracht hat. Man wird die Verfassung revidiren müssen, eine Forderung, welche die Republikaner ganz unbedenklich erheben können, denn wenn sie bei den Wahlen unterliegen sollten, so wäre diese Frage ohnehin eine offene und ihre Lösung würde von den Gegnern der Republik unverzüglich in Angriff genommen werden. Endlich müssen, wenn die Republik erhalten bleiben soll, einmal die sozialpolitischen Reformen, deren Frankreich so dringend bedarf, geschaffen werden. Noch immer ist fast gar nichts zu Gunsten der bedrängten Arbeiter in Stadt und Land geschehen und die Kammer hat ihre kostbare Zeit mit viel überflüssigem Zeug vertrudelt, während die Beschwerden der Arbeiter einfach nicht gehört worden sind.

Wenn solche Bahnen betreten werden, dann bleibt auch die Republik erhalten, weil sie die Sympathie des französischen Volks dann für sich haben wird. Andernfalls wird sie die Leute der Demagogen und der politischen Abenteurer à la Boulanger, denn nicht alle Prätendenten werden den Republikanern den Gefallen thun, sich selbst so tief in den Sumpf der Gemeinheit zu tauchen, wie Boulanger gethan. Wir haben das höchste Interesse daran, daß die Franzosen ihre innere Politik in diesem Sinne umgestalten, denn die demokratische Republik bedeutet den Frieden, während die Diktatur irgend eines Prätendenten, sei er sonst, wer er wolle, den Krieg bedeutet.

Die Republik ist es schuldig, den Arbeitern endlich zeitgemäße Reformen zu gewähren, die noch eine jede Regierung versprochen, aber keine gegeben hat.

Wird es auch diesmal versäumt, eine Aera volksthümlicher Sozialpolitik in Frankreich zu beginnen und die Vorbedingungen für eine solche zu schaffen, dann steht es schlimm um die Republik. Die Franzosen haben ihr Schicksal in der Hand.

Politische Uebersicht.

Kolonialpolitiker nach der neuesten Mode. „Kapitänleutnant" (?) Ruß, ein Adjudant des Herrn Peters und speziell Kommandant der Somalis (in partibus) hat aus Hirdi an der Mandobucht einen, vom 10. Juli datirten Brief geschrieben, den die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht. Der Schluß des interessanten Schriftstücks lautet:

„Damit Sie sehen, wie ich hier in einem afrikanischen Dorfe mutterseelenallein lebe, gebe ich Ihnen einen Auszug vom gestrigen Tage aus meinem Tagebuche. Ich schicke voraus, daß ich immer noch befürchte, daß schwere Hindernisse uns

---

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.] [52

Ein Goldmensch.

Roman von Maurus Jókai.

Im ersten Moment lähmte der Schreck Michael die Glieder; diese zwei Schüsse waren ihm gekommen wie zwei Antworten auf seine geheime Gedanken. Ein Schauer lief ihm über den ganzen Leib; — im nächsten Augenblick hatte doch ausbrechende Wuth den Schrecken abgelöst; er nahm das Gewehr von der Schulter, spannte die beiden Hähne, und rannte zornig auf die Hütte los, aus welcher noch der Rauch des abgefeuerten Schusses durch die Spalten qualmte.

Vor dem Lauf seiner Flinte stand ein zitternder Mensch. Theodor Krißtyan. Die ausgeschossene Doppelpistole war noch in seiner Hand, er hielt sie jetzt als Schutz vor den Kopf, und bebte so, daß jedes Glied an ihm zitterte.

„Du bist es, Du?" schrie Michael ihn an.

„Grade!" stammelte der Bebende, der, die Waffe von sich schleudernd, beide Hände flehend zu Michael emporstreckte; seine Knie schlugen an einander, und er vermochte sich kaum auf den Füßen zu erhalten; sein Gesicht war leichenblaß, seine Augen glanzlos: er war mehr todt als lebendig. Timar nahm seine Fassung zurück. Schreck und Wuth waren von ihm gewichen. Er senkte sein Gewehr. „Komm näher," sagte er ruhig zum Meuchelmörder.

„Ich wage es nicht," stammelte dieser, sich an das Reisersteht andrückend, „Sie werden mich tödten!"

„Sei ohne Furcht, ich will Dir nicht ans Leben. — Er schoß sein Gewehr in die Luft ab — „jetzt bin auch ich unbewehrt, und Du hast keinen Grund mehr, für Dein Leben zu fürchten." Theodor wankte aus der Hütte hervor. „Du wolltest mich umbringen," sagte Michael zu ihm: „Unglückseliger Mensch! Ich bedauere Dich."

Der jugendliche Verbrecher wagte es nicht, ihn anzusehen.

„Theodor Krißtyan! Du bist noch so jung und wolltest schon zum Mörder an mir werden. Es gelang Dir nicht. Gehe in Dich! Du bist nicht von Natur böse, man hat nur Deine Seele vergiftet. Ich kenne die Geschichte Deines Lebens, ich entschuldige Dich, Du hast schöne Fähigkeiten und wendest sie nur schlecht an. Du bist ein Vagabund, ein Allerweltsbetrüger. Kann Dir ein solches Leben gefallen? Unmöglich. Beginne ein neues. Soll ich Dir zu einem Posten verhelfen, auf dem Du mit Deinen Fähigkeiten Dich ehrlich ernähren kannst? Ich habe viele Verbindungen; es steht in meiner Macht! Da hast Du meine Hand darauf."

Der Mörder fiel auf die Kniee vor dem, den er hatte ermorden wollen, faßte dessen dargereichte Hand mit beiden Händen und bedeckte sie heftig schluchzend mit seinen Küssen. „O, mein Herr, Sie sind der erste Mensch, der so zu mir spricht. Lassen Sie mich hier zu Ihren Füßen knien. Von meiner Knabenzeit an wurde ich wie ein herrenloser Hund von einer Thür zur andern verjagt, jeden Bissen mußte ich mir stehlen, erschwindeln, erschleichen; nie hat mir Jemand die Hand gereicht als Einer, der noch schlechter war als ich und mich auf Abwege führte. Ich habe ein schändliches, erbärmliches Leben geführt, voll Betrug und Verrätherei und ich muß vor jedem bekannten Gesicht erzittern. Und Sie reichen mir Ihre Hand, Sie, dem ich seit Tagen auflauere, wie ein Bandit, wollen mich von mir selbst erlösen. Lassen Sie mich vor Ihren Füßen knien und so Ihre Befehle vernehmen."

„Stehen Sie auf! Ich bin kein Freund von Sentimentalität. Thränen bei einem Manne sind mir verdächtig."

„Sie haben Recht," sagte Theodor Krißtyan — „und besonders bei einem so berüchtigten Kommödianten wie ich, der, wenn man ihm sagte: „Da hast Du einen Groschen, weine mir was vor", sofort in Thränen ausbrechen konnte. Jetzt glaubt man mir nicht, wenn ich wirklich weine. Ich werde meine Thränen unterdrücken."

„Dies umsomehr, da es keineswegs meine Absicht ist, Ihnen eine moralische Vorlesung zu halten, sondern über eine sehr trockene Geschäftsangelegenheit mit Ihnen zu reden. Sie sprachen von Ihren Verbindungen mit dem Bankhause Scaramelli und einer Geschäftsreise nach Brasilien."

„Mein Herr, das war Alles erlogen."

„Ich dachte mir's. Sie haben also keine Verbindung mit Scaramellis?"

„Ich hatte sie einst, aber sie wurde abgebrochen."

„Sind Sie durchgegangen oder sind Sie fortgejagt worden?"

„Das Erstere."

„Mit anvertrauten Geldern?"

„Mit drei- oder vierhundert Gulden."

„Sagen wir, es waren Fünfhundert. Hätten Sie nicht Lust, sie den Scaramellis zurückzubringen? Ich stehe mit dem Hause in Verbindung."

„Ich möchte nicht gerne dort bleiben."

„Und was für eine Bewandtniß hat es mit der brasilianischen Reise?"

„An der ist kein wahres Wort; von dort bezieht man keine Schiffsbauhölzer."

„Zumal nicht solche, wie die von Ihnen genannten, unter denen sich auch Farbhölzer und offizinale befanden."

Theodor lächelte. „Die Wahrheit ist, daß ich die Bäume der herrenlosen Insel an einen Kohlenbrenner verkaufen wollte, um zu etwas Geld zu kommen. Therese errieth auf der Stelle meine wahre Absicht."

„Also kamen Sie nicht No-mi zu Liebe auf die Insel?"

durch Intriguen und schlechte Mittel bereitet werden. Als ich gestern Abend meine Zigarette rauchend und meinen Thee schlürfend in der Hängematte liege und träume, alarmiren oder warnen mich meine Somali durch die Nachricht, daß sich etwa 20 Somali (von Kismayu oder Barawa) im Dorfe aufhielten und bereits Erkundigungen über uns eingezogen hätten, sie stopften gleichzeitig ihre Magazingewehre voll Patronen und Hassan Egol trifft Anordnungen zur Vertheidigung des Lagers; ich lasse mir meine Büchse bereit legen und mich sonst nicht stören; ich weiß aber nicht, was ich daraus machen soll, glaube jedoch, daß es sich hier mehr um Stammesgegensätze der Somali handelt, und kann nicht annehmen, daß man diese Leute gegen uns gedungen oder aufgeregt, um etwas gegen die Karawane zu unternehmen; Hassan ist nicht ängstlich, ich muß eher ein scharfes Auge auf ihn haben, daß er nicht zu weit geht, denn die Kugeln sitzen ihm locker im Laufe, wie er bereits bewiesen. Möglich ist es, daß diese Leute Beute witternd und begehrend, Streit suchen, um im Trüben zu fischen. Am andern Morgen versammelt sich der Dorfvorstand, mehr oder minder würdige oder unwürdige Araber und Suaheli, ich lasse nach der Schablone der Großen antichambriren, d. h. einfach in meiner unmittelbaren Nähe bis zur Beendigung eines Schreibens warten und antwortete auf die Jambo und Tambo sana, bana kuba (guten Tag, sehr guten Tag, großer Herr) in einer unzufriedenen, mürrischen Weise und nicht so frisch, frei, froh, fromm, wie es der afrikanische Gesellschaftskodex in Bezug hierauf vorschreibt, so daß die Dorfräthe den Anzug eines Gewitters merken müssen, falls sie nicht ganz auf den Kopf gefallen sind; — der eigentliche Wali läßt sich nicht mehr sehen, er ist angeblich stets abwesend (in Lamu), tout comme chez nous. Ich zitire meinen Ali zum Dolmetschen und fahre die Dorfschulzen in rauher Weise (immer nach berühmten Mustern) an, indem ich sie, falls Unruhen entstehen, verantwortlich mache, und die sofortige Ausweisung der fremden Somali verlange. Ich drohe ihnen, Feuer geben zu lassen, falls sich mehr als zwei fremde Somali meinem Lager nähern sollten; lasse durchleuchten, daß mir der Verlust von Weibern und Kindern im Dorfe weh thun würde und daß ich hinwiederum bei meiner Körperkonstitution ruhig und friedlich, wie ein ehrlicher Hausvater im Schlafrock und Pantoffeln bei uns, in ihrem Dorfe schlafen möchte und nicht immer mit der geladenen Büchse an meiner Seite."

Und da giebt es noch Leute, die sich wundern, daß unsere Kolonialpolitik so kläglich Fiasko macht! Das „nach berühmten Mustern" ist aber gut.

Die Judenfresserei der „Leipziger Zeitung". Das amtliche Organ der sächsischen Regierung, und das nichtamtliche des Herrn Stöcker, welches auf seine Bildung und seinen vornehmen Anstand so stolz ist, läßt sich — wahrscheinlich von einem der amtlichen Gelegenheitsredakteure — „aus einem Ostseebade" folgende geschmackvolle Stilübung schicken:

„Im Ostseebade W. bei R., das wegen seiner bequemen Verbindung mit dem deutschen Binnenland neben anderen großen Vorzügen — fast immer bewegtem Wasser, prachtvollem, steinfreien Badegrunde, schönen und dabei noch immer billigen Wohnungen 2c. — immer mehr von Ruhebedürftigen, zumal auch aus unserem Sachsenlande, besucht wird, mehren sich, wie das nicht anders zu erwarten ist, auch die Gäste israelitischen Volksthums. Wo man hinsieht — die bekannten undeutschen, ausgeprägt morgenländischen Gesichtszüge. Doch auch hier haben diese unsere einheimischen Fremdlinge es verstanden, sich gründlich verhaßt zu machen. Ihre lautgellenden Stimmen, ihr sich vordrängendes, rücksichtsloses Gebahren, ihr ganzes, unser deutsches Gefühl für Wohlanständigkeit verletzendes Wesen macht, daß sich der Deutsche in den Räumen nicht wohl fühlt, sondern sich alsbald aus denselben entfernt, in welche jene Platz und Stimme begehrend in kleineren oder größeren Haufen lärmend hereinbrechen. Der Deutsche geht, wo die Söhne und Töchter Sem's sich breit machen. Weniger geduldig und vornehm zurückhaltend in der Abneigung gegen die Semiten ist die „Zukunft unseres Volks", der deutsche Nachwuchs. Das tritt besonders in den Badezellen zu Gesicht. Im Herrenbade ist von den vielen wohl kaum eine einzige Badezelle, in der nicht jugendliche Ungezogenheit den, wie es scheint, sehr Vielen gemeinsamen Unwillen über den jüdischen Zudrang und Aufdrang in Wort und Bild, in Vers und Prosa zum Ausdruck gebracht hat. Wiedergeben lassen sich diese Fingerzeige nach der Thür natürlich nicht. Dazu sind sie zu wenig fein und viel zu deutlich. Aber, so wenig wir auch das „Beschmieren der Wände" in Schutz nehmen wollen —, auch, was diese jungen Narrenhände geleistet haben, ist, wie wir meinen, ein Zeichen der Zeit, — ein Mene mene tekel, daß die Glieder des „auserwählten Volks", diese „berufenen Herren der Völker bei ihrem unver — frorenen Streben, uns zu Heloten zu machen, sich deuten sollten. Ist auch das dermalige Geschlecht im Großen und Ganzen noch vornehmstille, — es wächst ein anderes heran. — Der Deutsche aber, auch der jugendlich ungestüme, lasse sich gesagt sein, was wir im Seebade W. in einer Badezelle (Nr. 93) an der inneren Fläche der Thür lasen:

Nur wo ein Aas ist, sammeln sich die Geier
Und halten kreischend dort ihr ekles Mahl.
Wach auf mein Volk! Ist Dir Dein Leben theuer,
So wäg der Väter Weisheit heut zumal.

Die Geier mit den Hackenschnäbeln fliegen;
Sie kreischen beutegierig Dir ums Haupt.
Sollst etwa Du in Tod und Fäulniß liegen,
Ein Moder-Ding, das sich lebendig glaubt?!

„Nur wo ein Aas ist, sammeln sich die Geier";
Erwäg es wohl, Du selbst bist's, der sie zieht.
Träum aus den Traum, und werd vom Selbstlob freier;
Prüf wach und nüchtern Dich an Haupt und Glied.

Und dann thu ab, was an Dir fault und modert —
Den Zug zum Niedern, der die Kraft zerfrißt!
Schaff, daß ein hehrer Geist zur Höhe lodert!
Du bist die Juden los, sobald Du
christlich bist."

Es wäre ganz interessant, wenn man den geistreichen Dichter, welcher seine germanischen Landsleute mit einem „Aas" vergleicht, ermitteln könnte. Ob der „tollgewordene Narr" noch Verse macht?

Ueber die neulich auch von uns gemeldete Aufhebung des Ausnahmegesetzes in Oesterreich schreibt die neueste Nummer der „Arbeiterzeitung" in Wien also: „Es wär' zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein!" — daß wir in Oesterreich nämlich ein Ausnahmegesetz weniger haben sollten. Wie eine vor einigen Tagen erschienene und bis heute noch nicht widerrufene Notiz, die wir einem Wiener Tageblatte entnehmen, besagt, „soll demnächst eine kaiserliche, vom Gesammtministerium gezeichnete Verordnung erscheinen, wonach die am 1. August v. J. publizirte und blos bis zum 31. Juli d. J. giltig gewesene Verordnung, betreffend die Aufhebung der Wirksamkeit der Geschworenengerichte in denjenigen Strafsachen, welchen anarchistische Verbrechen zu Grunde liegen, mit theilweise abgeändertem Texte reaktivirt wird. Die Verordnung umfaßte bisher die Gerichtshofsprengel: Wien, Wiener-Neustadt, Wels, Prag, Brüx, Gitschin, Jungbunzlau, Reichenberg, Brünn, Olmütz, Neutitschein, Graz, Leoben und Klagenfurt. Nach der neuen Verordnung sollen nun in einzelnen Bezirken, wie in Gitschin und Junzbunzlau die ordentlichen Gerichte in ihrem vollen Umfange wieder hergestellt, bei anderen Gerichtshöfen hingegen für anarchistische Delikte Ausnahmsgerichte eingeführt werden. Das bezügliche Gutachten des Obersten Gerichtshofes ist vom Justizministerium bereits eingeholt worden." — Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, sollte die Einführung dieser neuen Ausnahmegerichte Thatsache werden, dann — haben wir uns, und mit uns viele unserer Freunde wieder einmal geirrt; geirrt in der Regierung, von der wir „beinahe" geglaubt hätten, sie sei zur Erkenntniß von der Ueberflüssigkeit derartiger Verordnungen gelangt, und geirrt weiters mit der Annahme, daß das gegenwärtige System, und die moderne Gesellschaft im Stande sei, ohne „Anarchisten" für eine längere Dauer ihren Bestand zu sichern.

Der „Nordd. Allg. Zeit." ins Stammbuch. Der edlen Norddeutschen, die seit einiger Zeit so eifrig dabei ist, für eine Beschränkung des Koalitionsrechts namentlich für die sozialisten Agitatoren zu arbeiten, empfehlen wir das genaue Studium der Londoner Korrespondenz in der Nr. 398 Abendausgabe der „Voss. Ztg.", die wir in unserer heutigen Nummer ebenfalls zum Abdruck bringen. Bei der Begeisterung, die neuerdings der „Nordd." auf höheren Befehl für alles englische an den Tag legen muß, begeistert sie sich vielleicht auch ein wenig für die freien Institutionen Englands, die den englischen Arbeitern eine Bewegungsfreiheit gewähren, die für die Arbeiter im „zivilisirten" Deutschland, wenigstens so lange die „Norddeutsche" offiziöses Organ ist, unerreichbares Ideal bleibt.

Aus Sachsen wird uns unterm 28. d. geschrieben: Von amtlicher Seite ist es widerrufen worden, daß der Leipziger Staatsanwalt, dessen Konflikt mit einem Doktor und Reservelieutenant wiederholt in Ihrem Blatte erwähnt war, selber ein Reservelieutenant gewesen sei. Nun — ich will das Dementi einmal unbesehen hinnehmen; was ist aber damit bewiesen oder gebessert? Gar nichts. Was in dem fraglichen Falle das Rechtsgefühl verletzt, ist die Thatsache, daß ein Staatsanwalt deshalb, weil er keine ungesetzliche und barbarische Handlung begehen wollte, zum Austritt aus seiner Stellung gezwungen wurde. Wäre der Staatsanwalt zugleich Reservelieutenant gewesen, so wäre es sogar noch eher zu verstehen, daß die Maßregelung erfolgte. Ich sehe also in der That nicht ein, was mit jenem Dementi eigentlich bezweckt wurde. —

Die Notiz in Ihrem heutigen Blatte unter der Spitzmarke: „Können Sozialdemokraten mit Einquartirung belegt werden?" ist in ihrem ersten Theil ungenau. Der dort erwähnte Fall hat sich nicht in Wurzen zugetragen, sondern in Borsdorf. Nachstehendes „Eingesandt", welches sich im „Wähler" vom 22. d. befindet, giebt den ganzen Sachverhalt:

Was ein Sozialdemokrat nicht alles für Vortheile hat.

Dieser Tage kam der Herr Gemeindevorstand zu mir und kündigte mir, da ich ein Logis habe, für das ich jährlich mehr als 150 M. Miethe zahle, Einquartirung an, nämlich einen Soldaten, den ich vom Freitag, den 23., bis Sonnabend, den 24. August bewirthen sollte. Ich erklärte einfach, daß ich jenen Soldaten nicht aufnehmen würde, worauf der Gemeindevorstand mir entgegnete: Sie müssen den Soldaten nehmen. Darauf führte ich folgendes als Weigerungsgrund an: Die Militärbehörde erläßt ununterbrochen Bekanntmachungen, in denen kund gegeben wird, daß die Soldaten dieses oder jenes Lokal nicht betreten dürfen, weil dort Sozialdemokraten verkehren, oder weil diese oder jene Krankenkasse, die im Gerüche der Sozialdemokratie steht, ein Fest daselbst abgehalten hat. Ferner wird beim Militär seitens der Kompagnie bekannt gegeben, daß Soldaten, die mit „Reichsfeinden" und Sozialdemokraten verkehren, in Bezug auf Urlaub und Nachzeichen Beschränkungen erleiden werden. Aus all' diesen Momenten ist zu ersehen, daß die Militärbehörde wünscht oder vielmehr verlangt, daß Soldaten mit Sozialisten nicht in Berührung kommen dürfen. Und ich als „sozialistischer Agitator" soll einen ganzen Tag mit einem Soldaten zusammenwohnen? Das will und leidet die Militärbehörde nicht. Ferner liegen eine Masse allerdings nicht verbotene, aber doch, nach unserer Gegner Ansicht, sehr gefährliche Schriften bei mir im Zimmer herum, die ich keine Veranlassung habe zu verschließen. Diese Zeitungen kommen also dem Soldaten in die Hände. Da nun die Militärbehörde bis jetzt noch keine Bekanntmachung erlassen hat, daß Soldaten bei Sozialisten nicht ins Quartier gelegt werden dürfen, so komme ich der Militärbehörde entgegen und verweigere unter allen Umständen die Annahme von Soldaten. — Dies ungefähr führte ich aus.

Der Gemeindevorstand ging weiter, ohne noch etwas zu erwidern. Bis heute ist er noch nicht wieder dagewesen und ich habe den Nutzen, weil ich Sozialdemokrat bin, keinen Soldaten beherbergen zu müssen.

Man sieht, die Sozialisten können sich viel nutzbar machen, sie müssen es nur richtig anstellen.

Borsdorf, den 16. August 1889.

K. Pinkau.

Dies das Eingesandt.

Die Redaktion des „Wähler" bemerkt dazu:

Wir können zu vorstehender Zuschrift nur bemerken, daß uns die Handlungsweise des Herrn Pinkau, der bekanntlich aus Leipzig ausgewiesen ist, durchaus logisch und berechtigt erscheint. Und wir können nur wünschen, daß das Beispiel Nachahmung finden möge. — Die Konsequenzen des Vorgehens, den die Militärbehörden gegen die Sozialdemokraten in Szene gesetzt haben, gehen unseres Erachtens aber noch viel weiter und müssen zur Entfernung der Sozialdemokraten aus der Armee führen. Wenn die Militärbehörden wirklich jeden Sozialdemokraten für einen Reichsfeind halten, dann kann es ihnen auch nicht angenehm sein, daß sich etliche Hunderttausend Sozialdemokraten in der Armee befinden. Jedenfalls haben die Sozialdemokraten unter den herrschenden Umständen das volle Recht, die Befreiung vom Militärdienst zu verlangen. Wir werden uns mit dieser sehr wichtigen Frage gelegentlich näher beschäftigen. Red. d. „W.".

Jedenfalls sind die hier aufgeworfenen Fragen sehr interessant; und es wäre gut, wenn das Borsdorfer Beispiel nachgeahmt würde. Beiläufig ist der Verfasser des „Eingesandt" von Einquartirung verschont geblieben und auch sonst nicht weiter belästigt worden. Ob Gemeindebehörden das Recht haben, wie es in einem ähnlichen Fall in Süddeutschland geschehen ist: die Einquartirung einfach ins Wirthshaus zu legen und den Sozialdemokraten die Rechnung bezahlen zu lassen, das dürfte doch mehr als zweifelhaft sein.

Der Boycott gegen die Naumann'sche Bierbrauerei bei Leipzig hat zur Wirkung gehabt, daß die Brauerei dem Tivoli-hallenwirth, welcher seine Räumlichkeiten den Sozialdemokraten verweigert, das Bier nicht mehr liefert. Der Wirth, dem von den Kartellbrüdern unter die Arme gegriffen wird — von dem paar „Gästen" kann er nicht leben — bezieht jetzt sein Bier aus einer anderen Brauerei, gegen welche nun der Boycott eröffnet wird. Den früheren Brauer hat der Spaß einige tausend Mark gekostet — der neue Brauer wird auch wohl bald finden, daß der Spaß etwas theuer ist. —

Die politische Unreife unserer deutschen Bourgeoisie zeigt sich in dem noch immer andauernden Geschimpfe über das Koalitionsrecht, und den Vorschlägen, es zu beschränken. Vor 20 Jahren war unser Bürgerthum noch fast einstimmig für das Koalitionsrecht, das vom Reichstag fast einstimmig beschlossen ward. Und heute zeigt der Vergleich mit damals recht deutlich den Rückgang der deutschen Bourgeoisie, die, an der eigenen Kraft und dem eigenen Recht zweifelnd, nur noch auf den Polizeirevolver und die „Flinte, die schießt", und den „Säbel der haut" ihr Vertrauen setzt. Es wäre traurig, wenn es für unsere Partei nicht so vortheilhaft und so verheißungsvoll wäre.

„O, ich habe so viele Frauen, als ich Länder besucht habe."

„Hm — ich wüßte für Sie eine sehr gute Stelle in Brasilien, eine Agentur bei einer im Entstehen begriffenen Unternehmung, bei welcher die Kenntniß der ungarischen, deutschen, italienischen, englischen und spanischen Sprache erforderlich ist."

„Ich spreche und schreibe in allen diesen Sprachen."

„Ich weiß es, und auch noch griechisch, türkisch und polnisch und russisch. Sie sind ein genialer Mensch. Ich will Ihnen also diese Stelle verschaffen, bei der Sie Ihre Fähigkeiten verwerthen können. Die Agentur, von der ich sprach, ist mit einem Jahresgehalt von dreitausend Dollars und gewissen Prozenten vom Geschäftsgewinn verbunden. Es wird nur von Ihnen abhängen, wie groß diese ausfallen."

Theodor wußte nicht, ob er seinen eigenen Ohren trauen sollte. Er war aber schon so gewöhnt ans Schauspielern, daß er, von einem wahrhaften Dankgefühl überrascht, nicht den Muth hatte, ihm Ausdruck zu geben, aus Furcht, man könnte es wieder nur für Schauspielerei halten.

„Welchen Grund hätte ich, in dieser Stunde hier und mit Ihnen zu scherzen! Sie haben mir nach dem Leben getrachtet —; ich muß mich dagegen sicher stellen. Aus der Welt schaffen kann ich Sie nicht, das verbietet mein Gewissen. Ich muß also einen guten Menschen aus Ihnen zu machen suchen im Interesse meiner eigenen Sicherheit. Wenn Sie in glücklichen Verhältnissen sind, werde ich von Ihnen nichts zu fürchten haben. Jetzt werden Sie meine Handlungsweise begreifen. Als Beweis dafür, daß mein Anerbieten ernstlich gemeint ist, nehmen Sie da meine Brieftasche. Sie finden darin das nöthige Reisegeld für Triest, und wahrscheinlich auch noch so viel als Sie Scaramelli schuldig sind. In Triest werden Sie einen Brief vorfinden, der Sie über das Weitere unterrichten wird. Und jetzt gehen wir, der Eine rechts und der Andere links."

Theodors Hand zitterte, als er die dargereichte Brieftasche in Empfang nahm. Michael bob seinen durchschossenen Hut vom Boden auf. „Und jetzt halten Sie es mit den beiden Schüssen so, wie's Ihnen beliebt. Waren es Schüsse eines Meuchelmörders, dann haben Sie allen Grund, an keinem Orte mit mir zusammentreffen, wo das Gesetz herrscht; — waren es aber Schüsse eines beleidigten Kavaliers, dann werden Sie wissen, daß bei dem ersten Zusammentreffen die Reihe des Schusses an mir ist . . ."

Theodor Krißtyan entblößte seine Brust und rief leidenschaftlich: „Schießen Sie daher, wenn ich Ihnen noch einmal unter die Augen komme! Erschießen Sie mich wie einen tollen Hund!" Er hob die ausgeschossene Pistole vom Boden auf und drückte sie Timar in die Hand. „Erschießen Sie mich mit meiner eigenen Pistole, wenn Sie mir noch je irgendwo in der Welt begegnen. Fragen Sie nicht erst, sprechen Sie kein Wort, sondern erschießen Sie mich."

Und er ließ nicht ab, bis Michael die Pistole genommen und in seine Jagdtasche gesteckt hatte.

„Leben Sie wohl," sagte Timar, dann ließ er ihn stehen und ging weiter.

Theodor blieb eine Weile stehen und schaute ihm nach. Dann lief er ihm nach und hielt ihn an. „Mein Herr, ein Wort! Sie haben einen neuen Menschen aus mir gemacht. — Erlauben Sie mir, wenn ich Ihnen einmal schreibe, mit dem Worte beginnen zu dürfen: „Mein Vater!" In diesem Worte lag für mich bis jetzt Grauen und Abscheu; lassen Sie mich hinfort darin eine Quelle des Vertrauens und des Glückes finden. — Mein Vater, mein Vater!"

Theodor küßte leidenschaftlich Michaels Hand, stürzte dann davon, warf hinter dem ersten Gebüsch, das ihn den Blicken Michaels verbarg, sich mit dem Gesicht ins Gras und weinte — wirklich aufrichtige Thränen.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Die arme kleine Noemi stand eine Stunde lang unter dem Akazienbaum, bei dem sie von Michael Abschied genommen hatte. Therese, der sie zu lange ausblieb, was ihr nachgegangen um sie zu suchen, und saß nun neben ihrer Tochter im Grase; um nicht müßig zu sitzen, hatte sie sich ihre Strickerei hervorgeholt und strickte.

Plötzlich schrie Noemi auf: „Mutter hast Du gehört? Zwei Schüsse am jenseitigen Ufer!" Sie horchten. In der schwülen Luft war tiefe Stille. „Jetzt wieder zwei Schüsse! Mutter was ist das?

Therese suchte sie zu beruhigen. „Es werden Jäger sein, mein Kind, die dort jagen."

Noemi's Wangen entfärbten sich, so daß sie bleich wurde, sah, wie die Akazienblüthen über ihrem Haupte. Sie preßte ungestüm ihre Hände ans Herz und stammelte: „O nein, o nein! Er wird nie mehr zurückkehren!"

Und dann fiel es ihr so schwer aufs Herz, daß sie ihm nicht das kleine Wörtchen „Du" gesagt, als er sie so sehr darum gebeten.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — — — — — —

„Meister Fabula," sagte Timar zu seinem treuen Schaffner, „heuer verführen wir die Frucht weder nach Wien noch nach Komorn."

„Was werden wir denn mit ihr anfangen?"

„Wir werden sie hier vermahlen. Ich habe zwei Landmühlen auf meiner Herrschaft, zu diesen miethen wir noch dreißig Donaumühlen, die werden schon damit fertig werden."

„Da werden wir aber einen ungeheuer großen Mehlladen dort aufschlagen müssen, wo wir so viel Mehl verkaufen wollen."

„Auch daran wird's nicht fehlen. Wir verladen das Mehl in Säcken auf kleine Schiffe, die wir bis Karlstadt hinaufziehen lassen. Dann überladen wir es auf Ochsenwagen und führen es nach Triest. In Triest steht schon mein Schiff bereit, welches das in Tonnen gepackte Mehl nach Brasilien bringt."

„Nach Brasilien!" schrie Fabula ganz erschrocken. „Dahin gehe ich aber nicht mit."

„Ich denke auch gar nicht daran, Sie hinzuschicken, Meister Fabula. Ihre Sache ist die Vermahlung und der Transport nach Triest. Ich werde noch heute den Verwaltern und Müllern Ordre geben und Sie werden in meiner Abwesenheit schalten und walten, als wäre ich selber da."

„Danke schön!" sagte Meister Fabula und schüttelte gewaltig sein Haupt, als Herr von Levetinczy die Schreibstube verließ. „Das wird nun wieder eine haushohe Dummheit!" brummte er vor sich hin. „Fürs Erste wird das

Leipzig. Das Koalitionsrecht der Arbeiter. Der Mittheilung, daß der Fachverein der Töpfer von Leipzig und Umgegend polizeilich aufgelöst worden, ist noch beizufügen, daß damit auch der Arbeitsnachweis, die Kontrolkommission und die Unterstützungskasse von dieser Maßregel betroffen ist. In der Begründung wird u. a. angeführt, „daß der genannte Fachverein bereits seit längerer Zeit nicht sowohl die Hebung und Förderung des Töpfergewerbes auf gesetzlichem Wege, als vielmehr den Zweck verfolgt, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im gedachten Gewerbe am hiesigen Orte auf alle Weise zu stören, bezw. um solches überhaupt unmöglich zu machen, die Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber aufzuhetzen, die ersteren an jeder freien Bewegung auf gewerblichem Gebiete und an jeder Bethätigung eigenen Willens bezüglich der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu hindern, jedes direkte Verhandeln über solche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unmöglich zu machen und die nicht dem Fachverein angehörigen Gewerbsgehilfen durch Behelligungen aller Art, ja durch Beschimpfungen und thätliche Angriffe zu zwingen, dem Verein beizutreten, oder doch von diesem geübten Terrorismus sich zu fügen". — Hierzu bemerkt das Leipziger Arbeiterblatt der „Wähler": Fragt man, wo die Töpfergesellen das gute Einvernehmen 2c. gestört haben, so erhält man zunächst die Antwort, daß die Töpfermeister einfach den mit den Gesellen gemeinschaftlich anerkannten Tarif nicht mehr bezahlen wollten. — Die Gesellen hielten an den gemeinschaftlichen Abmachungen fest und so kam es zum Streit. — Wer war also der Störenfried des guten Einvernehmens? Die Antwort lautet: Die Arbeitgeber! — Der Verein soll die Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber aufgehetzt haben. In Nr. 35 der „Deutschen Töpferzeitung" lesen wir, nachdem über die „Unverschämtheit" geschrieben worden ist: „Man zeihe uns immerhin der Aufreizung, aber gegen die Streiker, namentlich aber gegen die Agitatoren, muß mit aller Strenge vorgegangen werden. Man setze doch die jungen Burschen einfach an die Luft und lasse sie einmal einige Monate in Ruhe darüber nachdenken, ob der Arbeitgeber am Ende doch wohl in der Lohnfrage das erste und das letzte Wort zu sprechen hat!" — Wer brüstet sich also mit der Aufreizung? — Die Antwort lautet: Die Arbeitgeber! — Der Verein soll durch allerhand Mittel Terrorismus auf die Gewerbsgehilfen ausgeübt haben, dem Verein beizutreten. — Am 21. Juli (also zirka 4 Wochen vor der Aufhebung des Vereins) faßte die Vorstandsversammlung des Sächsischen Verbandes selbstständiger Töpfermeister und Ofenbauer folgenden Beschluß: „Die im Vereinsgebiete als bekannten folgenden Gesellen bekannten Leute, welche durch die „Deutsche Töpfer-Zeitung" bekannt gemacht werden (schwarze Listen!) dürfen auf keinen Fall von heute an beschäftigt werden, widrigenfalls § 4—5 der Statuten voll und ganz zur Anwendung kommt." — Wer übt hier ungehindert den schlimmsten Terrorismus? — Die Antwort lautet: Die Arbeitgeber — der Verband der Töpfermeister 2c. —

Zu bemerken ist noch, daß die Vorstandsversammlung der Töpfermeister zu dem Zwecke anberaumt war, über die Leipziger Arbeitgeber zu Gericht zu sitzen, weil sie den Gemeinderif, den sie erst gekündigt hatten, wieder anerkannten, und mit den Gehilfen wieder in Frieden leben wollten. — Dem Verein wird vorgeworfen, daß er den Zweck der Förderung und Hebung des Töpfergewerbes nicht mehr verfolge. — In der obenerwähnten Vorstandsversammlung wird mit großer Bestimmtheit auf die Dresdener Setzerschule aufmerksam gemacht, welcher man jährlich 2—300 Mann auszubilden gedenkt. — Was das Hebung des Gewerbes, wenn man fortgesetzt mit Lehrlingen arbeitet? — Wir könnten diese Beispiele fortsetzen, doch mögen diese wenigen genügen, um zu beweisen, daß alle die Gründe, welche gegen die Gehilfen vorgebracht, in weit größerem Maße auf die Meister anwendbar waren, daß also diese Verordnung, wenn überhaupt nothwendig, von dem Verbot in erster Linie betroffen werden müßte. — Der Fachverein legt, wie wir hören, Beschwerde ein.

In der Anklagesache wegen Majestätsbeleidigung, welche wegen eines Artikels über die Nordlandreise des Kaisers gegen die Redaktion der „Potsdamer Nachrichten" seit einigen Wochen schwebt, sind zwei Setzerlehrlinge gerichtlich vorgeladen, augenscheinlich in der Absicht, um Auskunft über den Verfasser des Artikels zu erhalten. Ferner haben die Redakteure der „Potsdamer Zeitung" Vorladungen als Zeugen in einer Strafsache wider „Unbekannt" erhalten.

Ein neues Arbeiterblatt erscheint für Thüringen vom 1. September an. Dasselbe führt den Titel „Thüringer Tribüne" und wird zweimal wöchentlich ausgegeben. — Glück auf!

Großbritannien.

Bei der Bedeutung der Streikbewegung der Londoner Dockarbeiter sei an dieser Stelle eine ausführliche Schilderung ihrer Massenversammlung im Hydepark gegeben, die der „Voss. Ztg." aus London zugeht, obwohl wir die Hauptthatsachen der Versammlung bereits gestern mitgetheilt haben. Der Londoner Bericht der „Voss. Ztg." verdient aber trotzdem deshalb wiedergegeben zu werden, weil er zu interessanten Vergleichen zwischen dem Verhalten der englischen Polizei und dem voraussichtlichen Auftreten der deutschen in einem ähnlichen Falle Anlaß giebt. Er lautet: London, 25. August. Aus Anlaß des Hafenarbeiterausstandes fand heute Nachmittag im Hydepark eine Massenkundgebung von ganz ungewöhnlicher Ausdehnung statt. Es wäre müßig, die sich um etwa ein Dutzend Rednerbühnen drängende Riesenmenge abschätzen zu wollen; aber mit den Neugierigen, welche sich den Ausständigen und deren sozialistischen und radikalen Freunden angeschlossen hatten, waren es sicherlich über 100 000 Köpfe. Dabei hatten die meisten der Demonstranten — mit Musik und zahllosen Fahnen — einen Weg von vielleicht zwei deutschen Meilen, nämlich von dem West-India-Dock im fernen Osten bis zum Hydepark, zurückgelegt, und in der verflossenen Woche hat es keinen Tag gegeben, an welchem die Ausständigen nicht zu Zehntausenden durch die Straßen des Ostends und der City gezogen wären; die ungeheure Menschenmenge, welche sich am Freitag Nachmittag an dem Dockhaus in Leadenhall Street (City) vorbeiwälzte, ist von den Blättern sogar übereinstimmend, auf mehr als 70 000 Köpfe angegeben worden. Und doch scheint die merkwürdige Bewegung immer noch an Ausdehnung gewinnen zu sollen. Zehntausende, zum Theil gelernter Arbeiter, stellen die Arbeit ein ohne eigenen Klagegrund — lediglich „aus Prinzip", d. h. einzig zu dem Zwecke, um den Forderungen einer bei weitem kleineren Anzahl von ungelernten Arbeitern mehr Nachdruck zu verleihen; denn von den jetzt etwa 50 000 Ausständigen sind nicht viel über 10 000 unmittelbar an der Arbeitseinstellung betheiligt, nämlich die sogenannten gelegentlichen Dockarbeiter, welche nur, je nachdem man ihrer bedarf, stundenweise zu je 5 Pence beschäftig werden und im Durchschnitt nur täglich 3 Stunden Arbeit finden, oft auch ganze Wochen, mitunter wohl gar Monate vor den Dockthoren liegen, ohne es zu ein paar Schillingen Verdienst gebracht zu haben. Sie verlangen in der Hauptsache erstens 6 Pence für die Stunde, zweitens 4 Stunden Arbeitsminimum, drittens Erhöhung des Stücklohnes von 6 auf 8 Pence für die Tonne und von 8 Pence auf 1 Schilling für Ueberzeit, viertens Beseitigung der Zwischenmänner (Sweater) bei der Stückarbeit. Bereits am Freitag erklärten die Hafengesellschaften sich bereit, die beiden erstgenannten Punkte zu bewilligen, haben sich bis zur Stunde aber völlig ablehnend gegenüber den Punkten 3. und 4. verhalten. Und darum die beständig wachsende Ausdehnung der Streiks, welcher nicht nur den ganzen Londoner Hafenverkehr brach gelegt, sondern zugleich auch die hiesige Handelswelt und verschiedene Eisenbahnen schon recht empfindlich in Mitleidenschaft gezogen hat. Haben doch, um ihren schlechter gestellten Kameraden zu Hilfe zu kommen, nicht blos die fest angestellten und die beständig auf Stück thätigen Dockarbeiter, sondern auch die Schiffsverlader, Bootsmänner, Fuhrleute, die Schiffshandwerker aller Berufe u. s. w. die Arbeit eingestellt, so daß thatsächlich derzeit alles in London darniederliegt, was irgendwie mit dem Schiffsverkehr zusammenhängt. Und im Hyde Park haben die maßgebenden Redner heute mit noch empfindlicheren Zwangsmaßregeln gedroht. Walsh, der Sekretär der „Nationalen Vereinigten Seemannsgesellschaft und Heizergewerkvereins", stellte für den Fall, daß die Londoner Hafengesellschaften nicht bald nachgeben würden, einen allgemeinen Seemannsausstand für ganz England in Aussicht, ferner sollen ganze Eisenbahnlinien stille gelegt werden, und wie Thorne, der Sekretär des Gewerkvereins der Gasarbeiter, deutlich genug zu verstehen gab, würden an einem bestimmten Tage sämmtliche Gasarbeiter der Hauptstadt die Hände in den Schooß legen und das Häusermeer an der Themse einmal ganz dem Dunkel der Nacht überlassen. Die Gasarbeiter haben sich erst jüngst mit sozialistischer Hilfe organisirt und Dank dem Beistand, der ihnen von anderen gewerkschaftlichen Organisationen geworden war, eine Reihe von Vortheilen, darunter den achtstündigen Arbeitstag, errungen. Darum wollen auch sie jetzt für das Prinzip der Solidarität aller Arbeiter einstehen, und im Hyde-Park waren sie heute mit einem Banner vertreten, welches die Inschrift trug: „Zur Erkämpfung ihrer Rechte sollen alle Arbeiter sich vereinigen." Dasst ist kein neuer Kampfruf, aber er ist wohl noch nie so buchstäblich in die Wirklichkeit übertragen worden, wie gegenwärtig aus Anlaß des Ausstandes der hiesigen Dockarbeiter. Aber bei der Vereinigung blos der Arbeiter ist es nicht geblieben, auch weite bürgerliche Kreise sind auf Seiten der Arbeiter getreten. Die Unterstützungsgelder fließen reichlich, der Abgeordnete J. P. O'Connor (Hauptredakteur des „Star") veranstaltete sogar im Unterhaus eine ergiebige Sammlung; Bäcker vertheilen ihre Brote zu hunderten unentgeltlich unter die Ausständigen; angesehene Geistliche nehmen sich der Kinder der Ausständigen an; der liberale Abgeordnete Sydney Buxton, der den Haupthafenbezirk im Unterhaus vertritt, eilte schleunigst aus Irland herbei, um den Ausständigen seine Unterstützung zu gewähren. Tagesblätter, wie „Daily News", geben ihrer Sympathie mit den Streikenden rückhaltlosen Ausdruck; kurz, es ist eine ganz ungewöhnliche Bewegung. Und der anerkannte Leiter derselben ist der bekannte Sozialist John Burns, der seit acht Tagen von Morgens 4 Uhr bis Abends 11 Uhr thätig gewesen ist, um nach und nach den letzten Mann aus den Decks herauszuholen. Um 4 Uhr beginnend, zog er von Dock zu Dock, erstieg auf den Rücken und Schultern der ihn begleitenden Männer die Thore oder Mauern und ruhte nicht, bis die etwa noch Arbeitenden sich ihm angeschlossen hatten; dann folgten eine Reihe von Versammlungen und gegen Mittag führte er ein Heer von 40 bis 70 Tausend Menschen an dem Dockhaus in der City vorüber, um nachdem noch wieder eine weitere Reihe von Versammlungen abzuhalten, offenbar um die Leute nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Das wird auch noch in den nächsten Tagen so sein. Ein gleich unermüdlicher Stab von bekannten Sozialisten wie Tom Mann, Henderson, Bateman, Champion u. s. w. und Gewerkvereinführern wie Tillett (Hafenarbeiter-Gewerkverein), Walsh (Seeleute), Dodd (Maschinenbauer), Thorne (Gasarbeiter) u. s. w. unterstützten ihn dabei aufs Eifrigste. Hervorzuheben ist, daß die Ordnung in all' den Tagen nirgendswo auch nur im Geringsten gestört worden ist; dagegen sind in den Blättern zahlreiche Fälle von Sympathiebeweisen der Polizei den Ausständigen gegenüber mitgetheilt worden, und als die Demonstranten heute an der Kaserne der Gardereiter vorüberzogen, tauschten Arbeiter und Soldaten stürmische Begrüßungen mit einander aus.

Ueber die weitere Entwickelung der Streikbewegung der Dockarbeiter liegen folgende telegraphische Meldungen des „W. T. B." vor: „London, 28. Aug., Nachm. Die Direkoren der Dock-Gesellschaften haben den geschäftsführenden Direktor und den Sekretär beauftragt, noch heute mit den Vertretern der Eigenthümer von Quai Ladeplätzen und mit den Abgeordneten der Streikenden zu unterhandeln, um eine Verständigung mit den Letzteren herbeizuführen. Die Kohlenhändler von London haben den streikenden Kohlenträgern und Kohlenfuhrleuten eine deren Forderungen nahezu entsprechende Lohnerhöhung unter der Bedingung zugebilligt, daß die Arbeit morgen früh wieder aufgenommen werde. Man glaubt, daß die Streikenden auf das Anerbieten eingehen werden.

London, 28. August. Die Direktoren der Dock-Gesellschaften haben den Streikenden gegenüber die Erklärung abgegeben, daß, falls die Streikenden ihre Forderung von 6 Pence per Stunde zurückzögen, die anderen Forderungen derselben angenommen werden würden. Der Führer der Streikenden, John Burns, hat darauf erwidert, die Streikenden hielten an ihren ursprünglichen Forderungen fest und würden keinen Vergleich annehmen." — Die Direktoren der Dockgesellschaften scheinen noch zu hoffen, daß es ihnen gelingen werde, durch Heranziehung ausländischer Arbeiter die Ausständigen auf den Sand setzen zu können. Unter den letzteren war wenigstens das Gerücht verbreitet, daß Unterhandlungen zur Beschaffung belgischer Arbeiter angeknüpft seien, was zur Folge hatte, daß der Führer der ganzen Bewegung, John Burns, sofort an die Vorsteher der belgischen Arbeitervereine drahtete und sie unter Hinweis auf die Interessengemeinschaft der Arbeiter aufforderte, die Absendung belgischer Arbeiter zu verhindern.

Außer dem Dockarbeiterstreik ist auch ein Ausstand der Buchdrucker in London ausgebrochen. Bis jetzt liegt darüber nur folgende spärliche Meldung des „W. T. B." vor: „London, Mittwoch, 28. August, Abends. Der Streik der in den hiesigen großen Buchdruckereien Beschäftigten greift weiter um sich, gegen 2000 derselben haben bereits die Arbeit eingestellt und fordern eine Erhöhung des Lohnes."

Unterhaus. Das Gesetz, welches die Lokalbehörden ermächtigt, den technischen Unterricht zu erleichtern, wurde in dritter Lesung angenommen.

Unterhaus. Der Unterstaatssekretär Fergusson erklärte auf eine Anfrage hinsichtlich der Ausdehnung des Schutzbriefes der Nigergesellschaft auf das Gebiet des Oelflusses werde die Regierung bis zur nächsten Parlamentssession keine Entscheidung treffen. — Das Finanzgesetz wurde in dritter Lesung angenommen. Hierbei erklärte der Sekretär für Irland, Balfour, die Reform des Universitätsunterrichts für die Katholiken Irlands sei dringend nothwendig. Es gäbe keinen anderen Ausweg, als zu versuchen, den Bedürfnissen der irischen Katholiken hinsichtlich eines höheren Unterrichts durch einen Gesetzentwurf zu begegnen, der alle gesetzlichen Wünsche der irischen Katholiken befriedige. Er hoffe, einen solchen Gesetzentwurf in der nächsten Session einzubringen. Was die Dotation für den Unterricht anbetreffe, so seien die irischen Katholiken in dieser Beziehung besser gestellt, als die Katholiken irgend eines Staates auf dem Festlande.

Frankreich.

In Frankreich findet eine Rede vielen Beifall, welche Floquet am Sonntag in Beaune (Cote d'or) gehalten hat. Floquet geht nicht von der Ansicht aus, daß der Boulangismus eine nicht mehr in Betracht kommende Gefahr sei, und wenn er auch mit vollster Zuversicht an den Erfolg der Republikaner zu glauben erklärt, so will er doch, daß

---

bumpfig, bis es hinkommt. Zweitens kauft es dort kein Mensch. Drittens bekommt einer das Geld nie zu Gesicht, wenn er aus Brasilien zu erhalten hat. Wie soll er es sich schreiben? Dorthin geht weder ein Fiskal noch ein Vizekönig. Kurz und gut, das ist wieder eine kolossale unsterbliche Dummheit von unserem Herrn Levetinczy, die aber zum Erstaunen aller Welt wunderbar gut ausschlagen wird, wie jede Dummheit, auf die unser Herr Levetinczy verfallen ist und ich zweifele keinen Augenblick, daß ein Mehlschiff mit Goldstaub beladen von Brasilien zurückkommen wird. Deshalb bleibt es aber doch eine große Dummheit."

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Eine sonderbare Verwechslung hat in Stuttgart die Veranlassung zu einem Prozesse wegen Vergehens gegen das Duellgesetz gegeben, der am 22. d. M. vor der Ferienkammer verhandelt wurde. Die Anklage richtete sich gegen den Maschinenmeister Guldenfels und den Bildhauer Berrer, ersterer gegen letzteren wegen strafbarer Beihilfe, und basirte auf folgendem Thatbestande. Im Auftrage des zweiten Angeklagten hatte ein Dienstmädchen einen aus London demselben zugegangenen Brief einem Herrn Geiger zuzustellen. Irrthümlich gelangte das Mädchen mit dem Brief in das Volkskaffeehaus „Zum Feuersee" in der Silberburgstraße, wo sie erfuhr, daselbst ein Kaufmann (Handlungsgehilfe) namens Geiger wohne. Sie ließ daher den Brief dem Inhaber jenes Kaffeehauses zurück mit dem Ersuchen, den Brief diesem Herrn Geiger zuzustellen, falls derselbe mit dem zweiten Angeklagten bekannt sei. Andernfalls bitte sie den Brief aufzubewahren, da sie ihn wieder abholen könne. Der Kafetier indessen hatte keinen Anstand genommen, den verhängnißvollen Brief jenem „Kaufmann" Geiger zu übergeben, und dieser hatte, obwohl er wissen mußte, daß der Brief für ihn nicht bestimmt war, denselben nicht nur eröffnet, sondern, nachdem er vom Inhalt Kenntniß genommen und daraus ersehen hatte, daß es sich anscheinend um eine Abrechnung für sozialdemokratische Druckschriften handle, zunächst an sich behalten und dann zur Polizei getragen. Deren Nachforschungen führten nun sowohl zur Ermittelung des Dienstmädchens und ihres Auftraggebers, als auch schließlich zur Ermittelung des Guldenfels als des eigentlichen Adressaten, dem die Namen Berrer und Geiger nur als Deckadressen gedient hatten. Dieser Verdacht steigerte sich dadurch, daß durch Haussuchung bei ihm ein Kassenbuch entdeckt wurde dessen zum Theil chiffrirte Eintragungen auf einen regelmäßigen Vertrieb des verbotenen Londoner „Sozialdemokrat" hinzuweisen schienen. Beide Angeklagte bekannten sich des ihnen zur Last gelegten Vergehens nicht schuldig, Berrer, weil er von dem Inhalt des Briefes keine Kenntniß gehabt, Guldenfels, weil es sich bei den Eintragungen seines Kassenbuchs um nicht verbotene sozialistische Broschüren gehandelt habe. Durch ein Zusammentreffen mehrerer gravirender Umstände nahm indeß der Gerichtshof für erwiesen an, daß jene Eintragungen in der That dem Vertrieb des Londoner „Sozialdemokrat" gegolten hätten. Das Urtheil lautete gegen Guldenfels auf 2 Monate Gefängniß, wovon 1 Monat als verbüßt zu erachten. Berrer wurde freigesprochen, da seine Angabe, daß ihm der Inhalt des fraglichen Briefes und die daraus sich ergebenden Konsequenzen unbekannt gewesen seien, um so glaubhafter sei, als auch die Untersuchung gegen den richtigen Geiger keine diesen belastenden Momente ergeben habe. Ferner wurde die sofortige Enthaftung des seit Juni in Untersuchungshaft befindlichen Guldenfels verfügt.

Ein aufregender Vorfall hat sich in der Nacht zum Freitag in dem belgischen Kloster Lovendeghem bei Gent zugetragen. Das genannte Kloster, welches ein Waisenhaus für Mädchen, eine Versorgungsanstalt für alte Frauen und ein Hospiz für unheilbare Kranke enthält, beherbergt ungefähr dreihundert Personen. Unter den epileptischen Kranken befand sich der etwa vierzigjährige August Lambrecht, welchen man, da er sich selbst rasirte, im Besitze eines Rasirmessers gelassen hatte. Freitag Morgen gegen zwei Uhr verließ Lambrecht sein Bett, nahm das Rasirmesser und versuchte seinen elf Schlafgenossen die Hälse abzuschneiden, indem er im Finstern einem nach dem andern tiefe Schnittwunden an Hals und Gesicht beibrachte. Alsdann stieg er eine Treppe höher nach einem anderen Schlafsaal und setzte sein blutiges Werk fort, so daß im Ganzen 24 Kranke mehr oder minder schwer verletzt wurden. Auf das Geschrei der Verwundeten und das Alarmsignal der mit dem Nachtdienst betrauten Schwester war bald das ganze Hauspersonal versammelt, doch gelang es erst nach verzweifeltem Kampfe, sich des Unseligen zu bemächtigen. Die Oberin des Klosters und eine andere Schwester, welche mit großem Muthe den Wüthenden zu entwaffnen suchten, wurden ebenfalls an Händen und Gesicht erheblich verwundet. Der Mörder wollte eben aus dem Fenster springen, als er in einer Blutlache ausglitt und eine Schwester den Moment ersah, sich auf ihn zu werfen und ihm das Messer zu entwinden, worauf er mit Mühe in die Zwangsjacke gesteckt wurde. Lamprecht war nur zu bestimmten Zeiten den epileptischen Anfällen unterworfen, doch gaben sich vorher stets Zeichen von Geistesgestörtheit kund; es erscheint deshalb ein unverzeihlicher Leichtsinn, daß man ihn dennoch im Besitze eines Rasirmessers beließ. Noch in der Zwangsjacke geberdete er sich wüthend und schrie: „Ich habe Löwenfleisch gegessen und habe nun Löwenblut in den Adern." Der arme Verrückte wurde in die Irrenanstalt überführt. Von den Verwundeten befindet sich, trotz der zum Theil gefährlichen Verletzungen, Dank sofort anwesender ärztlicher Hilfe kein einziger in Lebensgefahr.

Stadtväterstreik. Daß die Streikbewegung immer weitere Kreise ergreift und selbst die „höheren" nicht ausschließt, beweist die städtische Behörde in Mannheim. Es geschah nämlich, daß der sogenannte Bürgerausschuß zur Berathung einer reichhaltigen Tagesordnung zusammenberufen war und, als die nationalliberalen Schäfchen gezählt waren, stellte sich die Beschlußunfähigkeit heraus. Die Sitzung wurde nun vertagt und auf den folgenden Freitag anberaumt. Siehe da ist das Gleiche wieder der Fall, und trotz der angestrengtesten Thätigkeit des Telephons konnte es nicht gelingen, die „Stadtväter" zur Ausübung ihrer übernommenen Pflichten zu kommandiren. (Bei den Arbeitern wäre so etwas natürlich „gesetzwidrig".)

Eingeseift. Kürzlich saß, so berichtet der „Hann. Cour.", auf dem Bahnhof in Scheeßel ein Geschäftsreisender aus R. und erwartete die Ankunft des Zuges. Kurz vor der Ankunft desselben findet sich ein Barbier im Wartesaal ein, um mit dem Zuge nach Lauenbrück aufs Geschäft zu fahren. Der Reisende stellt an den Barbier die Frage, ob er wohl noch Zeit hätte, ihn vor Ankunft des Zuges zu barbieren, welche dieser bejaht. Derselbe macht sich auch rasch dabei und seift dem Reisenden das Gesicht tüchtig ein; er hat indessen kaum das Werk beendet, da fährt auch schon der Zug ein. Rasch nimmt der Barbier dem Herrn Reisenden das Tuch ab, nimmt Seifenschale und Messer und steigt in den Wagen, den eingeseiften Herrn aber läßt er im Wartesaal sitzen.

man sich nicht blind darauf verlasse, sondern mit allen Mitteln vorbereite, die den Sieg sichern. Als Floquet von der Ausstellung sprach, gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die ausländischen Besucher derselben mit vortheilhaften Eindrücken von ihr scheiden würden. Sie würden erkannt haben, daß trotz aller inneren Zwistigkeiten „Frankreich nicht unfähig sei, die Einigung der Völker vorzubereiten". Frankreich, „obgleich verletzt in seinem Patriotismus und unabläßig an seiner Wunde leidend, habe mehr für den Frieden der Welt gethan als die erhabenen Reisenden des Drei- und Vierbundes".

In einem am Mittwoch in Fontainebleau unter dem Vorsitz des Präsidenten Carnot stattgehabten Ministerrathe hat der Präsident das Dekret unterzeichnet, durch welches die Wähler zur Vornahme der Kammer-Neuwahlen auf den 22. September einberufen werden.

Boulanger hat ein neues Manifest an die Wähler des Seine-Departements erlassen. Der General legt ihnen die Kandidatenliste für die nächsten Wahlen vor, verlangt die Verfassungsrevision durch eine konstituirende Versammlung, welche aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorzugehen habe, und die Abschaffung des Senats, der durch seine Unehrenhaftigkeit gebrandmarkt sei. Die zu erwählende Kammer werde weder eine gesetzgebende Versammlung sein, noch eine konstituirende, ihr einziges Mandat bestehe darin, der Willkürherrschaft Trotz zu bieten. Die vorgeschlagenen Kandidaten sind alle Boulangisten mit Ausnahme des für den 8. Kreis, welcher Bonapartist ist. Unter den Bewerbern sind Roquet, alle boulangistischen Abgeordneten und Journalisten, Rochefort, Mermeix von der „Cocarde", Lucien Nicot von der „France", Maffard, Roche u. a., ferner mehrere der wegen Betheiligung an der Boulange gemaßregelten Beamten, General Thibaudin u. s. w. Boulanger selbst tritt im 2. Wahlkreise Montmartre auf.

Der bekannte Boulangist Laguerre hat am Mittwoch in Paris in einer von etwa 5000 Personen besuchten Versammlung in einer langen Rede sich über das Urtheil des Staatsgerichtshofes gegen Boulanger ausgesprochen, worauf die Versammlung eine Tagesordnung zu Gunsten Boulangers beschloß. An den Eingängen zum Saale drängte sich eine lärmende Menge und warf mit Steinen nach den Polizeibeamten. Die Stadtgarde zu Pferde war genöthigt einzuschreiten und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. — Von den Verhaftungen sind 78 aufrecht erhalten worden, darunter auch diejenige des Deputirten Thiessé. Die Verhaftungen sind meist wegen aufrührerischer Rufe, wegen thätlicher Beleidigung der Polizeibeamten und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt erfolgt.

Rußland.

Nach einer Meldung der „V. Z." aus Warschau hat der dortige Oberpolizeiminister am Montag eine Liste von 72 Ausländern veröffentlichen lassen, welche Warschau und das russische Staatsgebiet unverzüglich zu verlassen haben. Es befinden sich darunter 23 Preußen, 28 Oesterreicher, 8 Perser, 7 Türken, 4 Griechen, 1 Engländer und 1 Schwede.

Balkanländer.

Sofia, 29. August. Der griechische Bischof zu Varna ist angewiesen worden, Bulgarien binnen drei Tagen zu verlassen, widrigenfalls er ausgewiesen werden würde. Die Veranlassung zu dieser Maßregel sind angebliche Aufhetzungen seitens des Bischofs bei der Wahl des Kirchenkomitees.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein im vierten Berliner Reichstagswahlkreis hielt am Mittwoch Abend in Wohlhaupt's Salon, Manteuffelstraße, eine große Versammlung ab, die von gegen 400 Personen besucht war. Es war gewissermaßen, ihrer Tagesordnung nach, die erste offizielle Reichstagswahl-Versammlung und referirte über das in den kommenden Wochen und Monden bald „zeitgemäß" werdende Thema: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen" Herr Buchdrucker Wilhelm Werner. Nachdem Vorsitzender Herr Heindorf die Versammlung eröffnet, Schriftführer Witzke das Protokoll der letzten Versammlung des Vereins verlesen, nahm der Referent das Wort. Er führte aus, wie man im Reichstage ständig bemüht gewesen, die bestehenden auf Grund der heutigen Gesellschaftsordnung sich entwickelt habenden Institutionen zu verbessern oder neuere Gesetzesbestimmungen in das Strafgesetzbuch hineinzubringen. Es ist aber, fuhr er fort, nicht möglich, daß man ein Haus, wie ja vergleichsweise auch der Staat insgesammt es ist, vollständig in seinen Pfeilern befestigt, wenn man irgend welchen unpraktischen Stuck, irgend welch unnützen Zierrath an demselben anbringt. Vortragender kam darauf auf die Art zu sprechen, wie die Reichstagswahlen betrieben würden, um auch dadurch immer neue Institutionen zu erlangen, neue Gesetzesbestimmungen zu schaffen, welche jenes Gebäude sollen halten helfen. Deshalb allein machten die Sozialdemokraten so energisch für die Reichstagswahlen Propaganda. Sie weisen im Reichstag auf die Haltlosigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung hin, sie weisen darauf hin, wie korrumpirend das heutige Wirthschaftssystem auf die große Masse des Volkes, wie zerschmetternd auf den Volksgeist wirkt. Wir sehen, wie in den letzten 15 Jahren die Macht des Kapitals es fertig gebracht hat, immer neue und größere Massen ihrer Existenz zu berauben, ohne Rücksicht darauf, was jene Reserve-Armee, welche auf den Markt geworfen wird, beginnt. Wir sehen, wie rapide dieser Zersetzungsprozeß vor sich geht. Redner erinnert in Bezug hierauf an die Textil-Industrie. Er erinnert an den „Krach" vom Jahre 1873, an den Uebergang von der Manchestertheorie zum Sozialismus. Er betont lebhaft die Heuchelei des Groß-Kapitalismus und der Agrarier mit dem Ausspruch: „Das Ausland trägt den Zoll!" Im wirthschaftlichen Betriebe gebe es einfach nur zwei Parteien: die Sozialdemokratie, welche das heutige wirthschaftliche System abändern wolle und jene zusammengeschweißte große andere, welche an dem bestehenden System Flickarbeit vornehmen und dasselbe immer und immer wieder aufbessern und auflackiren wolle, um es lebensfähig zu machen. Auf der einen Seite stehe die Macht der Arbeit, auf der anderen die Macht des Kapitals, auf der einen die Vertreter der Arbeit, auf der anderen die Vertreter des Kapitals. Der vernünftig Denkende aber werde nur jenen Leuten, welche das vom Redner in längeren treffenden Ausführungen als unrichtig geschilderte System als falsch und verwerflich erkannt haben, zu der Reichstagswahl seine Stimme geben. — Dem mit Begeisterung und dem Ton der tiefinnersten Ueberzeugung gehaltenen Vortrag ward reichster Beifall. — In der sich an das Referat anschließenden Diskussion spricht zunächst Herr Herrmann für die rechte Lektüre des Volkes. — Herr Spaar glaubt, daß man das dem kommenden Reichstage vorliegende „Trunksuchtsgesetz" gegen die jugendlichen Arbeiter richten werde. — Herr Werner führt, an eine von dem letztgenannten Herrn Redner gemachte Bemerkung anknüpfend, aus, daß ohne ökonomische Freiheit keine wirthschaftliche sei und umgekehrt. — Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Vereins-Angelegenheiten" erhebt sich die Versammlung zu Ehren des jüngst beerdigten Genossen Erich Schulz von den Sitzen. — Unter „Verschiedenes" erinnert Herr Skranowitz an den Fall Kunert. Er will denselben auch im Wahlverein erörtert haben. — Herr Werner entgegnet ihm, daß dazu heut die Zeit zu kurz bemessen sei. Man könne sich ja einmal mehr und eingehender über diesen Punkt unterhalten. Ein Kämpfer müsse es unter seiner Würde halten, auf diejenigen zu schimpfen, welche nicht zugegen seien. Nur wenn jemand anwesend sei, solle man Gericht über ihn halten und ihn niemals hinterrücks mit Redensarten und Schimpfworten überfallen. Wenn sich die Genossen unter einander einmal eine Grobheit gesagt, werde mehr Spektakel gemacht, als wenn gleich der Gegner jemand einen Fußtritt versetzt habe. Wenn die „Norddeutsche" Kunert als Sozialdemokraten und nicht lediglich als Mitglied der freireligiösen Gemeinde ansasse, müßten sich einfach die Sozialdemokraten hineinmengen, obgleich die einzelne Person für die Sozialdemokratie nichts, die Sache, das Prinzip alles sei. — Herr Werner stellt nach einigen Ausführungen des Herrn Paul Meyer direkt den Antrag: „Wenn inzwischen keine Volksversammlung diese Frage endgiltig beseitigt hat, eine Versammlung des Wahlvereins einzuberufen direkt in dieser Sache." Die Herren König und Grundmann sprechen über diesen Antrag. Letzterer hält die ganze Angelegenheit nicht für wert, daß ihretwegen so viel Staub aufgewirbelt werde. — Herr Werner führt demgegenüber aus, die einzuberufende Versammlung solle die Sache in ruhiger und völlig leidenschaftsloser Weise aufklären. Man habe in den letztvergangen 10 Jahren gerade mit Personen übergenug Erfahrungen nicht immer angenehmer Art gemacht. — Zur Annahme gelangt darauf noch folgender Antrag: „In Anbetracht der regelmäßig über aus wichtigen Verhandlungen, welche im Wahlverein gepflogen werden, die Redaktion des „Berliner Volksblatt" zu veranlassen, regelmäßig einen Berichterstatter zu den Versammlungen desselben zu entsenden." (Der anwesende, von der Redaktion des „Volksbl." entsandte Berichterstatter stellt sich dem Vorstand vor.) Die diesjährige Sommerpartie des Vereins wird Sonntag im „Volksblatt" bekannt gegeben.

* * *

Kranken- und Begräbnißkasse des Vereins sämmtlicher Gerufsklassen I. Sonnabend, den 31. d. M., Abends 8 Uhr, Stiftungsfest. Versammlung. Tagesordnung: Kassenbericht. Geschäftliches. Mittheilungen. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Allgemeiner Metall-Arbeiter-Verein Berlins und Umgegend. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich im Süden: Neanderstraße 5, Destillation zum Helm, im Norden: Brunnenstraße 40 bei Schauer und ist täglich Abends von 8½ bis 10 Uhr, Sonntags von 10 bis 11½ Uhr geöffnet. Die Bibliothek befindet sich Neanderstraße 5, Destillation zum Helm, und werden daselbst Montags und Donnerstags, Abends von 8½ bis 10 Uhr, Bücher ausgegeben. Diejenigen Mitglieder, welche noch mit älteren Beiträgen rückständig werden ersucht, dieselben bei den Zahlstellen abzuliefern. Jede Art Beschwerden sowie voraussichtliche Arbeitseinstellungen, Maßregelungen u. s. w. sind dem Vorsitzenden, Joseph Hartmann, Reichenberger Straße 73, einzureichen. Am Sonntag, den 1. September, findet eine Dampferpartie mit Musik nach Spandau-Nebliß statt, wozu Billets zu 1,25 M. für Erwachsene, Kinder 25 Pf. bei den Kassirern Otto Klein, Ritterstraße 15 und Karl Lenzner, Neanderstraße 49 und den Vorstandsmitgliedern zu haben sind.

Theater.

Freitag, den 30. August.

Wallner-Theater. Fifi.
Ernst's Theater. Othello.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Adolph Ernst-Theater. Flotte Weiber.
Belle-Alliance-Theater. Dämon Schwiegermutter.
Lessing-Theater. Die Nixe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Girofle-Girofla.
Ostend-Theater. Der Trompeter von Säkkingen.
Zentral-Theater. Leichtes Blut.

Berliner Theater.

Sonnabend, 31. August: **Coriolanus.**
Sonntag, 1. September: **Coriolanus.**
Montag, 2. September: **Der Schwabenstreich.**

Passage 1 Cr. 9 M. — 10 A.
Kaiser-Panorama.
In dieser Woche:
Neu! III. Cycl.: **Pariser Welt-Ausstellung.**
Erste Reise durch Holland.
Im Ausstellungspark:
2. Cycl.: **Pariser Weltausstellung.**
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 3 Reisen 1 M.

Sophabezüge!

Reste von 3½—5 Meter **spottbillig.**
Emil Lefèvre, Granienstr. 158.

Oderbrucher Fett-Gänse

auch ausgenommen u. getheilt, pfundweise
(viel billiger als anderes Fleisch.)
Leber, Fiesen und **Gänseklein,**
junge Rebhühner und **frisches Wild,**
sowie sämmtliches **Geflügel** in größter Auswahl
empfiehlt billigst [1275
die Wild- und Geflügel-Handlung von
R. Sasse, Michaelkirchstr. 5.

Tischler-Werkzeuge,

beste **englische** und **deutsche,** unter Garantie fertige gangbare **Hobel** ꝛc.,
[949
E. Vogtherr, Berlin C.
Landsbergerstr. 64 (am Alexanderplatz)

Soeben erschien
Der wahre Jacob
Nr. 81.
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Verein gewerblicher Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 1. September, findet eine
Herrenpartie
statt. Treffpunkt Café Braun am Treptower Bahnhof früh 6½ Uhr. Um zahlreiche Betheiligung ersucht
1280] **Der Vorstand.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Steinträger
und verwandter Berufsgenossen.
Am **Sonntag,** den 1. September, Vormittags 11 Uhr,
in Renz' Salon, Naunynstraße Nr. 27:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Unsere jetzigen Lohnverhältnisse.
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
1279 **Der Vorstand.**

Verein der Parquetbodenleger Berlins.
Montag, den 2. September, Abends 8 Uhr,
bei **Jordan, Neue Grünstraße Nr. 28:**
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Punkt 1: Jahres-Abrechnung.
„ 2: Statuten-Abänderung.
„ 3: Verschiedenes und Fragekasten.

Die Kollegen, die noch Billets vom letzten Stiftungsfest haben, werden ersucht, dieselben an das Komitee abzuliefern.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen. [1272] **Der Vorstand.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter u. verw. Berufsgen.
Sonnabend, den 31. August, Abends 8½ Uhr,
bei Deigmüller, Alte Jakobstraße 48a:
Versammlung.
Tagesordnung:
Punkt 1: Bericht über die Lohnstatistik.
„ 2: Wahl eines Lokals zum Arbeitsnachweis.
„ 3: Werkstatt-, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
1276] **Der Vorstand.**

Empfehle mein Geschäft in **frischen Blumen und Kränzen.** [647
Robert Meyer,
Nr. 2 Mariannenstraße Nr. 2.

Soeben erschien
Heft 1
Volks-Fremdwörterbuch
von
Wilhelm Liebknecht.
Sechste Auflage. — Erscheint in 12 Lieferungen à 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße Nr. 44.

Zu beziehen durch die
Expedition: Zimmerstr. 44.

Im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart ist soeben erschienen:
Der
Neue Welt-Kalender
für 1890
Vierzehnter Jahrgang

Inhalt:
Kalendarium. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres (mit Bild). — Mädchen aus dem Volke (Illustration). — Wiedergeboren. Erzählung von R. Schweichel. — Blatt Gedicht mit Illustration. — Mel' Freund Benjamin. Humoreske in pfälzischer Mundart. — Die Verbreitungsmittel der Pflanzen. Von Prof. Dr. A. Dodel-Port. — Sturm am Morgen. Gedicht von Herm. Lingg. — An der rothen Wand. Erzählung von J. C. Mauerer. — Da unten Schlowein. Sächsische Ballade. — Von der Gemse. Von Oswald Köhler. — Der „verschiedene" Schultes (schwäbisch). — Am Fluß. Erzählung von E. Langer. — Ueber den Einfluß des Wassers auf die Gestaltung der Erdoberfläche. Von R. Bommel. — Joseph Dietzgen (mit Portrait). — Julius Kräcker (mit Portrait). — Osterglocken. Gedicht. — Herz ist Trumpf! (Bild.) — Fliegende Blätter (Illustr.). — Rebus, Räthsel ꝛc. — Post- u. Telegraphen-Nachrichten. — Hierzu vier Kupfer: Die vier Jahreszeiten. — Ein Wandkalender.

Preis 50 Pfennig.

Zu beziehen durch die
Expedition: Zimmerstr. 44.

Möbel,
Spiegel u. Polsterwaaren
Gr. Lager, bill. Preise!
Emil Heyn,
eigen. **Fabrik.** Brunnenstr. 28, Hof part. Theilz. nach Uebereinkunft.

Den Lesern dieser Zeitung
geben wir bei Einkauf
5 pCt. Rabatt.

15 M.	elegante Einsegnungs-Anzüge.
20 M.	elegante Herren-Jaquet-Anzüge.
7 M.	gediegene Winter-Stoffhosen.
15 M.	elegante Herbst-Paletots.
20 M.	eleg. Winter-Paletots mit Wollfutter.
5 M.	Knaben-Stoff-Anzüge.
3 M.	Knaben-Winter-Paletots.
36 M.	elegante Kammgarn-Anzüge.
10 M.	elegante Joppen.
28 M.	elegant. Ball-Anzüge.

Umtausch gestattet. Nach außerhalb gegen Nachnahme.
Gebr. Neustadt,
Jerusalemerstraße 41
1156 (Ecke Krausenstraße).

Arbeitsmarkt.

Einen **Klempner,** der Ornamenten-Arbeit macht, sucht **Peters,** Schwedterstr. 227. [1278

Arbeiterinnen auf Kinderhütchen verlangt **Louis Grotz & Co.,** Prenzlauerstraße 31.

Verantwortlicher Redakteur: R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 202. Freitag, den 30. August 1889. 6. Jahrg.

Ein „Vergehen gegen die Religion“.

Am 7. Januar d. J. war die Nr. 5 der „Fränkischen Tagespost“ auf Anordnung des ersten Staatsanwalts am kgl. Landgerichte Nürnberg konfiszirt worden. Diese Beschlagnahme, vorgenommen wegen eines aus der Berliner „Volks-Zeitung“ mit Quellenangabe abgedruckten Artikels „Ueber den öffentlichen Ton“, worin ein Vergehen „gegen die Religion“ enthalten sein sollte, wurde auf erhobene Beschwerde des Redakteurs Grillenberger aufrecht erhalten und gegen Grillenberger auf Grund des § 166 des Reichs-Strafgesetzbuches Anklage erhoben.

Der Vorgang ist so lehrreich, so bezeichnend für die heutige Zeitrichtung, daß wir es für angezeigt halten, sowohl die Anklageschrift als auch die beklagtischerseits dagegen erhobene Erinnerung, auf welch' letztere hin unterm 13. d. M. die Außerverfolgungsetzung eintrat, im Wortlaut zu veröffentlichen.

Die Anklageschrift lautet:

Anklageschrift.

Nürnberg, den 11. Juli 1889.

Inhaltlich der beiliegenden Untersuchungsakten ist

Karl Grillenberger, geboren am 22. Februar 1848, freireligiös, verheiratheter Redakteur in Nürnberg,

hinreichend verdächtig:

in der am 7. Januar l. J. ausgegebenen und an die Abonnenten verbreiteten Nr. 5 der in Nürnberg unter der verantwortlichen Redaktion des Karl Grillenberger täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage erscheinenden „Fränkischen Tagespost“, sodann in der am 8. Januar l. Js. ausgegebenen und an die Abonnenten verbreiteten Nr. 6 der in Fürth unter derselben verantwortlichen Redaktion täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage erscheinenden „Fürther Bürgerzeitung“, somit zwei periodischen Druckschriften, durch den auf der ersten Seite abgedruckten und mit den Worten „Ueber den öffentlichen Ton“ überschriebenen Artikel die christlichen Kirchen und deren Einrichtungen beschimpft zu haben, indem ausgeführt ist: „Das ganze Dasein solcher Leute — nämlich der Pfaffen — beruhe auf Gedankenlosigkeit und Unwissenheit der Massen, gewohnt, eine längst vermorschte Fabel- und Märchenwelt zu vertheidigen mit hochtönenden und salbungsvollen Redensarten, die wissenschaftlich auch nicht das Gewicht einer Federflocke beanspruchen könnten, und ferner gewohnt, von der Kanzel herab, wo niemand widersprechen könne, das zu beschimpfen, was sie nicht zu widerlegen wüßten.“

Der in den genannten beiden Zeitungen abgedruckte, der Berliner „Volks-Zeitung“ entnommene Leitartikel bespricht die angeblich seit einigen Jahren in Deutschland eingetretene Verschärfung und Verrohung des öffentlichen Tons und stellt die Behauptung auf, daß dieselbe ihren grellsten Ausdruck durch fanatische Pfaffen gefunden habe. Dies ist Veranlassung, sich über die Geistlichen im Allgemeinen, sowie über die christlichen Kirchen in der oben angeführten Weise auszulassen. Hierin liegt der Thatbestand des § 166 des Reichs-Strafgesetzbuches.

Das geistliche Lehramt ist eine Einrichtung der christlichen Kirchen, sowohl der katholischen, als der protestantischen, sowie der sämmtlichen übrigen christlichen Kirchen (R. Bd. VIII Seite 1022). Diese Einrichtung ist beschimpft durch die angeführten Sätze, zugleich liegt aber hierin eine Beschimpfung der christlichen Kirchen selbst, denn es ist die Grundlage derselben eine vermorschte Fabel- und Märchenwelt genannt, die wissenschaftlich auch nicht das Gewicht einer Federflocke beanspruchen könne. Demgemäß sind die gesammten Lehren der christlichen Kirchen und hierdurch letztere selbst beschimpft.

Dies geschah öffentlich, weil der Artikel in zwei an die Abonnenten verbreiteten Zeitungen abgedruckt wurde. Endlich ist in subjektiver Beziehung erforderlich, daß der Redakteur sich des beschimpfenden Charakters seiner Aeußerungen bewußt war. Wenn auch der fragliche Artikel in Berlin nicht beanstandet wurde, so mußte doch der Redakteur der hiesigen Zeitungen erkennen, daß in den eine andere Deutung nicht zulassenden Ausdrücken eine Beschimpfung des Instituts der Geistlichen, sowie der christlichen Kirchen liege.

Aus diesen Gründen und in Gemäßheit der §§ 166, 74 des Str.-G.-B., § 10 des Preßgesetzes hat sich der Redakteur Karl Grillenberger zweier in sachlichem Zusammenflusse stehenden Vergehen wider die Religion, begangen durch die Presse, hinlänglich verdächtig gemacht.

Gestützt auf Art. 35 des A.-G. zum G.-V.-G., § 196, 201 der St.-P.-O. stelle ich den Antrag:

Es wolle gegen den Redakteur Karl Grillenberger die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Schwurgerichte bei dem k. Landgerichte Nürnberg beschlossen werden,

und bezeichne als Beweismittel die angeführten Artikel, Geständniß des Angeklagten und Strafregister.

(gez.) Schmidt, I. Staatsanwalt.

Gegen die Anklageschrift wurde folgender Widerspruch erhoben:

„Bamberg, den 10. August 1889.

Zur Strafkammer des k. Landgerichts Nürnberg. Anzeige, Erinnerungen und Ablehnungsgesuch des k. Rechtsanwalts Heigl in Bamberg Namens Grillenberger, Carl, Redakteurs in Nürnberg, Untersuchung gegen denselben wegen Vergehens wider die Religion. Der Herr Angeschuldigte hat mir seine Vertheidigung übertragen.

Als sein Vertheidiger stelle ich den Antrag:

Hohe Strafkammer wolle den Herrn Angeschuldigten außer Verfolgung setzen, die Kosten des Verfahrens aber einschließlich der auf die Vertheidigung erwachsenen der kgl. Staatskasse überbürden.

Der fragliche Artikel stand, wie dieses der Herr Angeschuldigte bereits angegeben hat, schon vor einigen Jahren in den „Demokratischen Blättern“ und wurde von ihm der Berliner „Volkszeitung“ entnommen und nachgedruckt.

Sowohl den „Demokratischen Blättern“ als der Berliner „Volksztg.“ gegenüber blieb der Artikel unbeanstandet.

Man wird den betreffenden Herren Staatsanwälten, denen der Artikel, zumal er in scharf überwachter oppositioneller Presse erschien, nicht wohl zweimal entgangen sein kann, gewiß nicht den Vorwurf der Lässigkeit oder geringerer Skrupulosität in Religionsfragen machen wollen, und kann deshalb wohl behauptet werden, daß die in dieser Beziehung bekanntlich sehr gewissenhaften Herren Staatsanwälte in Norddeutschland in dem fraglichen Artikel nichts Strafbares gefunden haben.

Herr Grillenberger druckte denselben ab.

Wie sollte nun er, der nicht Staatsanwalt, nicht einmal Jurist ist, das Strafbare, was in demselben enthalten sein soll, zu entdecken fähig gewesen sein, wenn es nicht einmal ein Berliner Staatsanwalt zu entdecken vermochte?

Grillenberger soll gescheidter sein, als ein Berliner Staatsanwalt?

Das dürfen wir Juristen uns nicht gefallen lassen.

So viel über die subjektive Seite des Falles.

In dem Artikel liegt aber auch gar nichts Strafbares.

Dasjenige, was der Verfasser der Anklageschrift in demselben entdeckt haben will, beruht auf Selbsttäuschung.

Der Artikel spricht davon, daß der in Deutschland im öffentlichen Leben eingerissene rohe Ton seinen grellsten Ausdruck dadurch fand, daß „fanatische Pfaffen“ anfingen, sich als volksthümliche Demagogen aufzuspielen und die Judenhetze zum Lieblingstummelplatze ihrer Stümperberedsamkeit wählten.

Also von fanatischen Pfaffen ist im Artikel die Rede!

Sind denn alle Religionslehrer fanatische Pfaffen?

Nein, es giebt unter den Religionslehrern fanatische Pfaffen, aber nicht sind umgekehrt alle Religionslehrer fanatische Pfaffen oder gar Antisemiten oder Demagogen.

Das fühlt auch der Verfasser der Anklageschrift und sagt deshalb, daß dieser Vordersatz die Veranlassung bilde, sich über die Geistlichkeit im Allgemeinen, sowie über die christlichen Kirchen in der von der Anklageschrift angeführten Weise auszusprechen.

Allein das ist eine Supposition, die rein willkürlich ist. Denn nirgends im Artikel ist von der Geistlichkeit im Allgemeinen oder von den christlichen Kirchen die Rede; das Subjekt des Satzes bleibt immer dasselbe; es sind die „fanatischen Pfaffen“, von denen der Artikel spricht, und mit welcher nur der Herr Staatsanwalt in Nürnberg durch einen grammatikalisch und stylistisch nicht zu rechtfertigenden Gedankensprung plötzlich die Geistlichkeit und mit deren Treiben er die christlichen Kirchen identifizirt.

Auf diesen Lapsus hätte ihn schon der Umstand aufmerksam machen sollen, daß der Artikel von denselben Leuten (den fanatischen Pfaffen) sagt,

daß sie gewohnt seien, von der Kanzel herab das zu beschimpfen, was sie nicht zu widerlegen wissen.

Schimpfen denn alle Geistlichen auf der Kanzel? Nein; nur die fanatischen Pfaffen, denen eben die Hauptsache der Religion, die Toleranz, die Duldung auch für Andersdenkende, das Moment der Liebe fehlt, die sind es, welche auf der Kanzel schimpfen und für welche ja sogar der Kanzelparagraph geschaffen werden mußte!

Die fanatischen Pfaffen sind es auch, welche sich ablehnend gegen die Errungenschaften der Wissenschaft verhalten und im starren Festhalten am Buchstabenglauben gegen Wissen und Forschen eifernd, sich weigern oder unfähig sind, dem religiösen Bedürfnisse ihrer Zeit in einer dem geläuterten Standpunkte der Wissenschaft entsprechenden Fassung Rechnung zu tragen.

Ich verweise in dieser Hinsicht auf den geozentrischen (die Erde als Mittelpunkt des Weltganzen auffassenden) Standpunkt, welchen auf Grund des Bibelwortes, entgegen den allseitig, selbst von Rom anerkannten Ergebnissen der Wissenschaft der Pastor Knaack einhält oder eingehalten hat — ich weiß nicht, ob dieser berühmte Religionslehrer heute noch lebt.

Ich verweise ferner auf die sechs Schöpfungstage, welche trotz der Kant-Laplace'schen Lehre von der Entstehung unseres Planetensystems, den Ergebnissen der Geologie und der ganzen gebildeten Welt zum Trotze von solchen Buchstabenanbetern festgehalten und eifernd vertreten werden.

Und solchen Leuten den Text zu lesen, soll am Ende des neunzehnten Jahrhunderts ein — Vergehen wider die Religion sein!

Wer überhaupt den Artikel liest, weiß sofort, daß sich derselbe auf Stöcker und Genossen bezieht — sind denn aber diese Leute die Geistlichkeit im Allgemeinen oder etwa gar die Kirche?

Selbst wenn der fragliche Artikel mit der Bezeichnung einer vermorschten Fabel- und Märchenwelt den gesammten christlichen Lehrbegriff gemeint hätte, wofür nach Wortlaut, Satzstellung und Veranlassung des Artikels jeder Anhaltspunkt fehlt, so wäre das noch keine Beleidigung der christlichen Kirchen.

Denn es mag ja etwas Jahrhunderte lang als ausgemachte religiöse Wahrheit geglaubt worden sein, dieser Glaube erweist sich aber als falsch, darf denn dann Derjenige, der in dem Geglaubten nur ein Märchen, eine Fabel erkennt, dieses nicht öffentlich aussprechen, bekennen und seine Ueberzeugung zur Kenntniß seiner Mitbürger bringen, ohne deshalb strafrechtlich verfolgt zu werden?

Armer Luther, der Du so viele Dogmen der katholischen Kirche als Fabel und Märchen, einen als kanonisch erklärten Apostelbrief sogar als „Strohbrief“ erklärt hast, wie wäre es dir in deinem heutzutage lutherischen Nürnberg ergangen, hätte es damals schon — Staatsanwälte gegeben!

Und erst Ludwig Feuerbach, der titanenhafte Geist des Rechenberges, dessen körperliche Reste im St. Johanniskirchhofe zu Nürnberg ruhen, David Strauß, alle bedeutenden Geister unserer Nation — sie müßten sich neben den Redakteur der „Fränkischen Tagespost“ auf die Anklagebank setzen, wenn — es zu einer Verweisung desselben in dieser Sache käme.

Allein dieses Schauspiel aus dem Volke der Denker wird, — dessen bin ich sicher überzeugt — dem Heere der Spötter versagt sein.

Nur muß, nachdem dieser völlig zutreffende Artikel, der nach bekanntem Ausspruche den Nagel stets auf den Kopf treffenden Berliner „Volks-Zeitung“ absolut eine Beleidigung der Geistlichkeit enthalten soll, von mir noch der Antrag gestellt werden,

daß Richter, deren Väter oder sonstige Verwandte etwa Geistliche sein sollten, an der Berathung dieses Falles nicht theilnehmen dürfen.

Gehorsamst!

Heigl, kgl. Rechtsanwalt.“

Daraufhin erfolgte, wie bemerkt, am 13. August der Beschluß der Strafkammer, durch welchen der Angeschuldigte außer Verfolgung gesetzt wurde. „Fränk. Tagespost.“

Lokales.

Die Verurtheilung streikender Arbeiter wegen Streikens, welche kürzlich von dem Magistrate in Glogau ausgesprochen ist, beschäftigt noch immer die Rechtsgelehrten. Der Glogauer Magistrat verurtheilte die dort streikenden Maurergesellen, welche fortgesetzt die Wiederaufnahme der Arbeit verweigerten, auf Grund des § 774 der Zivil-Prozeßordnung zu einer Geldstrafe von 20 M. Nach dem erwähnten Paragraphen ist der Schuldner zur Vornahme einer Handlung, welche von einer dritten Person nicht vorgenommen werden kann, durch Geldstrafen bis 1500 M. oder Haft anzuhalten. In der Begründung des Urtheils war unter Anderem gesagt: Die Gewerbeordnung legt den Gemeindebehörden bei Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf, soweit sie die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses oder Ansprüche aus demselben betreffen. Der Magistrat sei daher die zuständige Instanz und dürfe, da eben die Handlung durch Dritte nicht auszuführen ist, auf Grund des § 774 der Zivilprozeßordnung sein Urtheil fällen. Die verurtheilten Gesellen hoben gegen diese Entscheidung bei den ordentlichen Gerichten Berufung eingelegt. Es verdient bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen zu werden, daß die gleiche Rechtsfrage bereits vor fünf Jahren auch das Berliner Gericht beschäftigt hat. Der Färber A. hierselbst war längere Zeit bei dem Fabrikanten B. in

Das Oelen des Meeres.

Auch in weiteren Kreisen wird jetzt ein schon lange bekanntes, aber in der Neuzeit bisher wenig beachtetes Mittel viel besprochen, durch dessen Anwendung sogar ein heftiger Wogengang beruhigt und in theilweise Meeresstille verwandelt werden kann. Es ist dieses die Beruhigung der Wellen durch ausgegossenes Oel. Hilflos in wüthender See und kritischer Lage befindliche Schiffe haben sich in zahlreichen Fällen durch Ausgießen von Oel retten können, und dieses Mittel, wenn richtig gehandhabt wird, ist durchaus geeignet, Rettung zu bringen, indem es eben die See um die Schiffe herum, soweit das in dünner Schicht sich verbreitende Oel reicht, mitten im Wellenspiel beruhigt und glättet. So lange aber schon die beruhigende Wirkung des Oeles auf die Wellen der See bekannt ist, so groß war auch immer das Mißtrauen, welches in Seemannskreisen dem praktischen Nutzen dieser Wirkung entgegengebracht wurde.

Gewiß klingt es märchenhaft, daß eine geringe Menge Oel genügen soll, die haushoch daherstürmenden Wogen zu glätten, und daß mit so winzigen Mitteln die Bändigung so gewaltiger Naturkräfte erzielen könnte, aber die Thatsache ist unbestritten, sie ist unzählige Male beobachtet worden. Wissenschaftliche Versuche stellte in dieser Richtung zuerst Franklin im Jahre 1774 an. Seine theoretische Auffassung ging dahin, daß das Oel sich in einer äußerst dünnen Lage noch über einen Theil der Wasserfläche ausbreite und dadurch die Reibung zwischen der bewegten Luft und der Flüssigkeit aufhebe. Seit einigen Jahren begannen die seemännischen Kreise durch ausgedehntere Experimental-Untersuchungen Licht in die beachtenswerthe Angelegenheit zu bringen. Durch Herrn Shields aus Perth in Schottland wurden 1880 in die Hafeneinfahrt von Peterhead größere Quantitäten Oel hineingepumpt, und sofort legten sich in auffallender Weise die Wogen.

Oel übt, wie aus allen Experimenten klar hervorgeht, in der That eine beruhigende Wirkung auf die brandende und sich in schäumenden Kämmen brechende See aus, die gefährlichen Brech-Seen legen sich, und an Stelle der brandenden Wellenköpfe, die sich mit einer ihrer lebendigen Kraft entsprechenden Gewalt vom Wellenberge in steilem Abstiege nach Lee ins Wellenthal stürzen, tritt eine den Schiffern ungefährliche Wogenbewegung. Hierdurch wird auch die Durchsichtigkeit des Wassers nicht unbedeutend erhöht. Bekannt ist ja auch, daß Taucher und Fischer im Mittelmeere sich schon seit Jahrhunderten dieses Mittels bedienen zur Erzielung einer glatten Oberfläche, um bis auf den Grund hinabsehen zu können, und ebenso, daß Fischer an den klippenreichen Küsten Schottlands und Norwegens beim Passiren von gefährlichen Barren und der Brandung sich der Fischleber bedienen, indem sie mit den Händen dasselbe Oel herauspressen und es auf das aufgeregte Wasser träufeln.

Die große Wichtigkeit, welche diese Thatsachen für die Schifffahrt haben, hat im Jahre 1887 zur Ausschreibung einer Prämie für die beste einschlägige Arbeit durch den Hamburger Nautischen Verein geführt. Von den dreißig eingesandten Arbeiten wurden zwei zur Prämiirung bestimmt und der einen dieser Abhandlungen, die vom Kapitän-Lieutenant a. D. Rottok ausging, sind die hier vorgeführten Thatsachen entnommen.

Von allen Oelen und Fetten, die angewandt wurden, haben sich die dickflüssigen am besten bewährt und besonders wird das Fischöl zu diesem Zwecke hervorgehoben. Eine für die erfolgreiche Anwendung nothwendige Bedingung ist die genügende Schnelligkeit, mit welcher sich das Oel auf der Wasseroberfläche ausbreiten kann, und es wird in dieser Beziehung wohl die Temperatur des Wassers und der Luft maßgebend sein müssen. Die beste Methode des Gebrauchs an Bord scheint die zu sein, kleine mit Werg angefüllte Segeltuchsäcke, die ein bis zwei Gallonen Oel aufnehmen können und die mit einer Segelnadel durchlöchert werden, über Bord ins Wasser zu hängen.

Die Franklin'sche Ansicht über die eigenthümliche Naturerscheinung haben wir schon erwähnt. Kapitän Rottok faßt die seinige in folgenden Sätzen zusammen: „Auch unsere Erklärung wird der Franklin'schen ähnlich sein, das heißt sich in der Hauptsache auf die glättende Eigenschaft des Oeles stützen. Die Wellen des Meeres sind das Erzeugniß des Windes; wenn durch den Stoß des Windes an der Wasseroberfläche die Gleichgewichtslage gestört wird, so entsteht die bekannte oszillirende und fortschreitende Wellenbewegung; durch weitere fortdauernde Impulse werden die Bewegungen verstärkt und allmälig wachsen die Wellen zu jener gewaltigen Größe an, wie wir sie im freien Ozean antreffen. Die Wellenbewegung dauert noch fort, auch wenn der Wind aufgehört hat, jedoch geht dann in dem Aussehen insofern eine Veränderung vor, als die weißen, schäumenden Köpfe der See verschwinden und nur ruhige, gleichmäßige Schwankungen des Meeresniveau (Dünung) zurückbleiben. Der Wellenschaum ist einer zweiten, man möchte sagen, mehr momentanen Wirkung zuzuschreiben, da er mit dem Aufhören des Windes gleich wieder verschwindet. Da nämlich die aus dem Gesammtimpuls des Windes resultirende Wellenbewegung keine fortschreitende, sondern nur oszilirende Bewegung der Wassertheilchen, eine Formveränderung des Wassers ist, so schreitet der Wind darüber hinweg und

Stellung gewesen und hatte diese Stellung plötzlich aufgegeben. B. beantragte demzufolge bei der städtischen Gewerbedeputation, den A. zu verurtheilen, schleunigst seine kontraktlichen Verpflichtungen bei B. zu erfüllen bei Vermeidung einer zwangsweisen Sistirung zur Arbeit. Das Gewerbegericht verurtheilte auch den A., in die Arbeit des B. behufs Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zurückzukehren, mit der Eröffnung, daß A. im Weigerungsfalle in Gemäßheit der Bestimmung des § 775 der Zivilprozeßordnung auf Antrag des Gegners zur Fortsetzung der Arbeit durch Geldstrafen bis zum Gesammtbetrage von 1500 M. oder durch Haft von höchstens sechsmonatlicher Dauer angehalten werden würde. Gegen dieses Urtheil des Magistrats rief A. die richterliche Entscheidung an und zwar des Amtsgerichts Berlin I. Dieses hob das Urtheil des Magistrats auf und zwar mit folgender Begründung: Die Gewerbeordnung überläßt im § 105 ausdrücklich die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbstständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern der freien Uebereinkunft; auch das Gesetz vom 24. April 1854, betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des Gesindes, trifft nur Bestimmung über die Zurückführung in die Arbeit bei „ländlichen Arbeitern" und enthält sich jeder Bestimmung hinsichtlich der Gewerbegehilfen. Die Vorentscheidung des Gewerbegerichtes ist also in den Landesgesetzen nicht begründet. Noch viel weniger aber kann dem Gewerbegerichte die Zwangsvollstreckung seiner gedachten Entscheidung unter Anwendung des § 774 der Zivilprozeßordnung zugestanden werden; zum Erlaß einer Androhung von Geldstrafen, eventuell Haft erscheint lediglich der Prozeßrichter befugt. — So ist die Sache damals entschieden worden. Heute streiten die Rechtsgelehrten über die Frage; das Glogauer Gericht wird zu beweisen haben, ob wir mit der Rechtsauslegung auch der Zeitströmung vorwärts oder rückwärts folgen.

Die Einrichtung der städtischen Rettungsgeräthschaften ist fortgesetzt der Zielpunkt des Unfuges, indem dieselben nicht nur oft von ihrem Bestimmungsorte verschleppt, sondern sogar vielfach gestohlen werden. Es mußte daher bereits an mehreren Stellen zu dem gerade nicht praktischen Mittel gegriffen werden, dieselben mit Ketten zu befestigen. Jetzt hat nun der Magistrat eine Maßregel getroffen, welche geeignet ist, den Schutz der nützlichen Geräthe beträchtlich zu erhöhen, indem er die Beaufsichtigung und Instandhaltung der Rettungskähne und Bälle, welche sich bisher in den Händen der über die Stadt verbreiteten sechs städtischen Bau-Inspektionen befand, der Deputation für die städtische Straßenreinigung übertragen hat. Diese Verwaltung ist in der Lage, die Rettungsstellen sowohl bei Tage wie bei Nacht durch ihre Organe überwachen zu lassen und so dem Unfug besser zu steuern. Der Direktor der städtischen Straßenreinigung, Herr Schlosky hat in der richtigen Erkenntniß, das die befestigten Rettungsgeräthe ihrem Zwecke fast gänzlich entzogen werden, da, ehe dieselben losgemacht werden, die Rettungsversuche in den meisten Fällen zu spät kämen, bei den zuständigen Behörden den Antrag gestellt, dieselben auf die Gefahr hin, es könnte manchmal eines derselben gestohlen werden, von ihren Ketten zu befreien. Ein weiterer Antrag des Direktors bezweckt die Vermehrung der Rettungsgeräthschaften, um eintretenden Falls für die gestohlenen 2c. sofortigen Ersatz zur Hand zu haben. Diese Maßregeln mögen dennoch nicht das Publikum abhalten, auch seinerseits ein schützendes Auge für die wohlthätige Einrichtung zu behalten.

Der Torfkahn ist eine auf den Wasserläufen unserer Stadt immer seltener werdende Erscheinung. Während noch vor zwölf bis fünfzehn Jahren um die gegenwärtige Zeit die Ufer namentlich in der Gegend der Weidendammer Brücke dicht besetzt waren von Kähnen, welche auf großen Tafeln an dem Mast den besten „Lindener Torf" anpriesen, sieht man jetzt nur noch vereinzelt ein Fahrzeug mit dem früher so beliebten Heiz- und Feuerungsmaterial und die jüngeren Berliner Kinder fragen wohl bei einem Spaziergange überrascht den begleitenden Papa, was für sonderbare „Steine" der Kahn geladen habe. Wie von Seiten der Brennmaterialienhändler behauptet wird, wären die Torfgräbereien in Linum, von woaus sich Berlin mit Torf zu versorgen pflegte, erschöpft und der Transport von entfernteren Gegenden stelle sich zu theuer. Richtiger aber ist wohl, daß die sehr umfangreichen Torfstücke mit den jetzt vielgebrauchten Preßkohlen nicht konkurriren können. Jene nehmen einen größeren Raum ein, und die Raumersparniß ist für Berliner Haushaltungen ein wichtiger Faktor und entwickeln beim Brennen wohl auch einen geringeren Wärmegrad als Preßkohlen. Vollends unmöglich aber wurde der Torf durch die Beseitigung der Ofenklappen. Die neueren Oefen mit den auf einen starken Luftzug eingerichteten Feuerungs-Vorrichtungen konnten das zur Herstellung einer warmen Stube nöthige Torfmaterial nicht mehr aufnehmen und dies eignete sich auch mehr dazu, in einem nicht ganz fest verschlossenen Ofen langsam zu verbrennen, kann aber in dem starken Luftzuge der Oefen mit luftdichtem Verschluß diese nicht mehr genügend erwärmen. Während früher von den Behörden noch vielfach Torf als Heizmaterial für ihre Bureaus und sonstigen Amtsräume angekauft wurde, hat dies in den letzteren Jahren immer mehr aufgehört. Nur unter den Heizvorräthen des Herrenhauses scheint der Torf noch eine nicht ganz unbedeutende Rolle zu spielen, wo er, zugleich mit Holz, zur Heizung verschiedener Korridore und Vorzimmer benutzt wird.

Auf dem „Gemeinde-Kirchhof" in der Friedenstraße werden, wie bereits mitgetheilt, in nächster Zeit Massenausgraben von Leichen stattfinden, die, wegen der Benutzung des Friedhofs zu andern Zwecken, einen neuen Ruheplatz finden sollen. Bei dieser Gelegenheit dürfte manches von den alten Denkmälern, die jetzt noch auf dem Friedhofe stehen, der Vernichtung anheimfallen, sodaß ein Hinweis auf einige derselben am Platze sein dürfte. Der Begräbnißplatz ist bekanntlich im Jahre 1831. als die Cholera hier verheerend wüthete, errichtet und damals von den Berlinern lange Zeit der „Cholera-Kirchhof" genannt worden. So erinnern auch von den Inschriften noch manche an diese Zeit des „großen Sterbens". Zu den hier begrabenen Opfern der Cholera gehörte auch der Universitätsprofessor Fr. Wilh. Valentin Schmidt und der als Musikfreund und Künstler geschätzte Friedrich Wollank, dessen Denkmal eine lateinische Inschrift ziert.

Ein überaus tragischer Vorfall, dessen Schauplatz das benachbarte Grünau war, gab einem leichfertigen Reporter Veranlassung, als Opfer desselben den Pächter des Clausing'schen Restaurants, Zimmerstraße 80, Herrn Krüger, zu bezeichnen. Das „B. T." stellt die Sache folgendermaßen dar:

Am verflossenen Sonnabend wollte ein Hausdiener des Gesellschaftshauses in Grünau Morgens um 6 Uhr ein Bad nehmen und fuhr zu diesem Zweck in einem leichten Kahn auf die Dahme hinaus. Da er den Versuch machte, sich stehend in dem Fahrzeug seiner Kleider zu entledigen, gerieth dieses stark ins Schwanken und stürzte infolge dessen der Hausdiener in den Fluß, Herr Schubart, der Büffetier im Grünauer Sommer-Restaurant des Eingangs erwähnten Herrn Krüger, hörte, im Bette liegend, den Hilferuf des Unglücklichen und lief sofort, nur mit Hemd und Beinkleid bekleidet, mit dem Hausdiener des Krüger'schen Etablissements zum Ufer hinab, wo sie alsbald einen Kahn bestiegen und dem Verunglückten nachfuhren. Leider war es ihnen trotz aller Anstrengung nicht möglich, das geplante Rettungswerk zu vollbringen, und sie mußten es geschehen lassen, daß der verzweiflungsvoll um sein Leben Kämpfende vor ihren Augen in den Fluthen versank. Herr Schubart kehrte, von dem Vorfall außerordentlich angegriffen und außerdem infolge seiner mangelhaften Kleidung erkältet, in das Krügersche Lokal zurück, wo er sich einige Stunden später behufs einer geschäftlichen Obliegenheit mit dem Hausdiener des Etablissements in den Keller begab. Als er sich bei dieser Gelegenheit zur Erde niederbückte, sprang ihm plötzlich eine große Ratte direkt vor die Brust, so daß der ohnehin schon nervös erregte junge Mann laut aufschrie und besinnungslos zu Boden stürzte. Man brachte ihn sofort zu Bett, und ein rasch herbeigerufener Arzt versuchte vergeblich den Erkrankten zum Bewußtsein zu bringen. Dasselbe war bei Schubart auch am Sonntag Morgen noch nicht zurückgekehrt, so daß seine ihn besuchenden Angehörigen sich veranlaßt sahen, ihn unter großen Schwierigkeiten nach Berlin zu überführen und in das Krankenhaus Bethanien zu bringen. Erst Dienstag Morgen kam der Unglückliche auf Augenblicke so weit zu sich, daß er seine bei ihm weilende junge Frau erkannte und dieselbe in wenigen abgebrochenen Worten bitten konnte, ihn nach Hause zu bringen. Natürlich konnte diesem Wunsche nicht willfahrt werden, und Frau Schubart entfernte sich, ihren Gatten auf seine baldige Genesung vertröstend — eine Hoffnung, die leider nicht in Erfüllung gehen sollte, da Schubart bereits kurze Zeit darauf verschied. Die Theilnahme für den erst 29jährigen, unter so tragischen Umständen verstorbenen Mann und dessen Angehörige ist eine allgemeine, um so mehr, als sich der Vater, der bekannte Inhaber der Kellnerkontrole, Herr Wilhelm Schubart in der Alten Jakobstraße, der ausgebreitetsten Bekanntschaft erfreut. Herr Krüger, den die eingangs erwähnte Notiz als den von dem Unglücksfall direkt Betroffenen bezeichnete, ist demnach persönlich an demselben nicht betheiligt, wenn auch, wie leicht begreiflich, von dem Vorfall auf das Schmerzlichste berührt.

Eine strafrechtliche Untersuchung schwebt, wie wir erfahren, zur Zeit gegen den Inhaber eines hiesigen Auskunftsbureaus. Derselbe hatte im Auftrage einer angesehenen auswärtigen Familie über eine Berliner Persönlichkeit, welche im öffentlichen Leben steht, zuverlässige Erkundigungen einziehen sollen; es handelte sich um eine beabsichtigte Eheschließung. Der Angeschuldigte, welcher es mit seiner Pflicht eben nicht sehr genau nahm, erwiderte auf die Anfrage, daß jene Persönlichkeit eine sehr zweideutige Vergangenheit habe und von einer Verbindung entschieden abgerathen werden müsse. Dennoch kam die geplante Heirath zu Stande. Die junge Frau hatte jetzt nichts Eiligeres zu thun, als ihrem Gatten jene „verbürgte" Auskunft vorzuhalten. Die ihm zur Last gelegten Vergehen aber waren absolut erdichtet, und der Herr sah sich infolge dessen veranlaßt, bei der Behörde den Strafantrag zu stellen. Der Inhaber des Auskunftsbureaus, welcher alle Schuld natürlich auf seine Leute wälzen möchte, dürfte jene Verleumdungen um so schwerer zu büßen haben, als er schon einmal wegen einer ähnlichen „Verwechselung" bestraft ist.

Einen unheimlichen Fund machte gestern früh ein den Humboldtshain abpatrouillirender Parkwächter. Inmitten eines Bosquets, nahe dem Direktionsgebäude, lag der Leichnam eines elegant gekleideten, vornehm aussehenden Mannes, der, wie sich bei näherer Besichtigung herausstellte, seinem Leben durch eine Revolverkugel ein gewaltsames Ende gemacht hatte. Der in der Mitte der vierziger Jahre befindliche Selbstmörder, der keinerlei Papiere oder sonstige Gegenstände, durch welche er hätte rekognoszirt werden können, bei sich führte, war bekleidet mit Rock und Beinkleid von braunem Tuch, weißer Weste und dunklem Filzhut. Im weißen Batisttaschentuch waren die eingestickten Namensbuchstaben ausgetrennt, ein Umstand, der darauf schließen läßt, daß der Selbstmörder jeglichen Anhaltepunkt über seine Herkunft vernichten wollte. Das Gesicht ist von graumelirtem, blondem Vollbart umrahmt. Die Leiche wurde auf Veranlassung der von dem Funde benachrichtigten Revierpolizei nach dem Obduktionshause geschafft, woselbst sie in der Halle für unbekannte Selbmörder behufs Rekognition öffentlich ausgestellt ist.

Ein guter Fang ist am Mittwoch früh, wie uns ein Berichterstatter meldet, der Berliner Kriminalpolizei geglückt. Dieselbe hatte in Erfahrung gebracht, daß in einem Hause der Zehdenickerstraße ein mit dem berüchtigten Privatdetektiv Klapperstück „geschäftlich" verbundener altgedienter Zuchthäusler ein Hehlernest etablirt habe. Als man nach sorgfältiger Observation am Mittwoch Morgen zur Durchsuchung der in dem Seitenflügel jenes Hauses befindlichen Tischlerwerkstätte von Rudolf Z. schritt, fand man vier Weinkörbe voll Silber- und Goldwaaren, ferner zwei Säcke, die mit neuen Schuhwaaren gefüllt waren, außerdem aber noch fünf Ballen Tuch 2c. vor. Die betreffenden, von der Polizei beschlagnahmten Sachen haben den ungefähren Werth von ca. 30 000 Mark und sollen zum Theil aus dem jüngst in Frankfurt a. M. verübten großen Diebstahl herstammen. Der wegen Eigenthumsvergehen vielfach vorbestrafte Rudolf Z. ist in vorletzter Nacht, als er Schmiere stand, inhaftirt worden. Die Kriminalpolizei hat das sonderbare „Geschäftslokal" amtlich versiegelt. Der Verwalter des Hauses hat sich am Mittwoch früh erhängt. Einem in dortiger Gegend kursirenden Gerücht zufolge soll der Selbstmörder um das Hehlernest gewußt haben.

Auf dem Rangir-Bahnhof der Ostbahn wurde am vorgestrigen Abend ein Bahnarbeiter beim Ueberschreiten eines Geleises, auf dem eine Rangirlokomotive daher kam, überfahren und auf der Stelle getödtet. Die Leiche wurde nach dem Obduktionshause geschafft.

Selbstmord durch Erhängen. Infolge eines Streites am Biertisch erhängte sich am vorgestrigen Morgen ein in der Zehdenickerstraße wohnender Tapezierer O., ein noch junger und in guten Verhältnissen lebender Mann, der Frau und Kinder besitzt und bisher als ein ungemein lebensfroher und jovialer Mensch bei seinen Nachbarn bekannt war. O. soll eine überaus starke Reizbarkeit besessen haben, und diese wurde nun an dem Abende vor der verzweifelten That durch einen ganz harmlosen Streit zwischen ihm und einigen guten Bekannten am Stammtisch eines Lokals in der Fehrbellinerstraße derartig erregt, daß er in seiner Aufregung seinem Leben ein Ende machte.

Die Bergschloßbrauerei giebt nach! Von verschiedenen Seiten wird uns berichtet, daß am gestrigen Tage der Direktor der Bergschloßbrauerei in mehreren Lokalen namentlich des Süd-Ostens gewesen sei, um mit dort verkehrenden Arbeitern oder den Wirthen der Lokale Rücksprache über den ferneren Verbrauch des Bieres der Bergschloßbrauerei zu nehmen. Der Direktor wies darauf hin, daß er bis jetzt nicht in der Lage gewesen war, das Lokal hergeben zu können, weil in der Brauerei gebaut würde u. s. w. Die Angelegenheit ist, wie wir hören, bereits der Lokalkommission unterbreitet worden, und dürfte ein definitiver Bescheid in den nächsten Tagen mit Sicherheit zu erwarten sein.

Polizeibericht. Am 26. ds. Mts. Vormittags gerieth in der Holzbearbeitungs-Anstalt von Schwidetzky, Müllerstr. 161, der Tischler Scharowski mit der rechten Hand in eine im Gange befindliche Kreissäge, so daß ihm der Zeigefinger durchschnitten und der Mittel- und Ringfinger verletzt wurde. — Am 27. d. M. Abends sprang ein junges Mädchen gegenüber dem Hause Lötzow-Ufer 6 in den Kanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitee gebracht. Längere Krankheit scheint die Veranlassung zur That gewesen zu sein. — Am 28. d. Mts. Morgens wurde in der Spree, nahe den Judenwiesen, die Leiche eines seit dem 24. d. Mts. vermißten geisteskranken Mannes aufgefunden und nach dem Schauhause geschafft. — Auf dem Güterbahnhof der Ostbahn stürzte an demselben Tage Vormittags beim Entladen eines Eisenbahn-Wagens der Arbeiter Wohlgemuth infolge eines Fehltritts von demselben herab und auf den danebenstehenden Arbeitswagen und erlitt dadurch einen Schädelbruch, so daß er kurze Zeit darauf verstarb. Die Leiche wurde nach dem Schauhause geschafft. — An demselben Tage Nachmittags wurde ein Frau, als sie an der Ecke der Veteranen- und Brunnenstraße mit ihren beiden kleinen Kindern den Fahrdamm überschreiten wollte, von einer Droschke überfahren. Hierbei wurde das 1½ Jahre alte Kind an der Brust und am Arm anscheinend bedeutend verletzt, während die Mutter und das andere Kind unversehrt blieben. — Als zu derselben Zeit auf dem Hofe des Grundstücks Müllerstr. 14a ein 6jähriger Knabe mit Holzhauen beschäftigt war und ein anderer 3jähriger Knabe die zerkleinerten Holzstücke vom Hauklotz herunterzunehmen suchte, traf ersterer mit dem Beile dessen rechte Hand und hieb ihm den Zeigefinger ab. — Abends fiel vor dem Grundstück Urbanstr. 107 der Kutscher Karl Knop von seinem in der Fahrt befindlichen Wagen, gerieth unter die Räder und erlitt eine schwere Verletzung des rechten Unterschenkels, so daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 29. d. M. fanden Krausenstr. 38 und Reichenbergerstr. 35 kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden.

Gerichts-Zeitung.

Ein schwerer Fall von versuchter Erpressung wurde gestern vor der vierten Ferienstrafkammer des Landgerichts I verhandelt. Auf der Anklagebank befanden sich der Restaurateur Fr. Poppenberg und dessen Ehefrau Lydia Poppenberg. Die letztere hat bis vor ihrer vor fünf Jahren erfolgten Verheirathung längere Zeit in einem bedeutenden Geschäft in der Chausseestraße eine Stellung inne gehabt. Im vorigen Herbst besaßen die Angeklagten eine Restauration am Landwehrufer, welche aber nicht den erhofften Gewinn abwarf. Sie geriethen in Geldverlegenheiten und wurden von Gläubigern arg bedrängt. In ihrer Noth erinnerte sich Frau Poppenberg ihres früheren reichen Prinzipals und auf ihr Anrathen bat sie Ehemann denselben um ein Darlehn von 300 M. Dies wurde ihm auch gegen Wechsel gewährt. Als am Verfalltage die Wechsel aber nicht eingelöst wurden, beschritt der Gläubiger den Klageweg und wurde durch Zwangsvollstreckung befriedigt. Bald darauf erhielt der Kaufmann ein Schreiben von der Angeklagten, in welchem sie ihn um ein Darlehn von 600 M. bat. Der Adressat lehnte höflich aber entschieden ab. Ein zweites Schreiben desselben Inhalts fand keine Erwiderung. Von nun an wurde der Kaufmann abwechselnd von beiden Angeklagten mit einer Anzahl Briefe behelligt, welche schließlich zu einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Veranlassung gaben. Zunächst erging Frau P. sich in versteckten Drohungen. Sie schrieb ihrem früheren Prinzipal, daß er schwere Unannehmlichkeiten zu erwarten habe, wenn er ihre Bitte nicht erfülle. In einem zweiten Briefe bat sie nicht mehr, sondern sie verlangte kategorisch 1000 M. Als sie keine Berücksichtigung fand, trat ihr Ehemann in Thätigkeit. Derselbe erklärte dem Kaufmann unverblümt, daß seine Ehefrau ihm über Vorkommnisse aus ihrer Vergangenheit Mittheilungen gemacht habe, die auch für ihn, den Adressaten, mit den schwersten Folgen sein könnten. Er, der Adressat, wisse wohl, daß er seine frühere Verkäuferin vergewaltigt habe, dann, um den Folgen zu begegnen, zu Mitteln gegriffen habe, die das Gesetz außerordentlich schwer ahnde. Es folgten noch ähnliche Briefe von beiden Angeklagten, welche alle mit dem Refrain schlossen: „Die Angelegenheit bald digst zu ordnen" und sich „zu vergleichen". Der gepeinigte Kaufmann, der sich von jedem Vorwurfe frei wußte, willigte schließlich in eine Zusammenkunft mit beiden Angeklagten, bestand aber darauf, daß dieselbe in seiner Wohnung und in Gegenwart seiner Ehefrau stattfände. Als dies vom Angeklagten Poppenberg verweigert wurde, schritt der Bedrohte zur Denunziation. Auffallend und belastend für die Angeklagten war es, daß dieselben jede Auskunft über die angeblichen Thatsachen, welche sie dem Kaufmanne vorwarfen, sowohl vor dem Untersuchungsrichter wie in der gestrigen Hauptverhandlung verweigerten. Der einzige Belastungszeuge, der Bedrohte, erklärte unter seinem Eide, daß die ihm gemachten Vorwürfe völlig aus der Luft gegriffen seien. Die Angeklagten bestritten, daß sie es auf eine Erpressung von Geld abgesehen hätten, der Ehemann Poppenberg hatte blos Aufklärung über die Mittheilungen seiner Ehefrau haben wollen. Der Staatsanwalt hielt die Schuld der Angeklagten für erwiesen und die versuchte Erpressung für so schwerer Natur, daß er gegen die Angeklagten eine Gefängnißstrafe von je einem Jahre und sofortige Verhaftung beantragte. Der Vertheidiger stellte aber eine Anzahl Beweisanträge, wodurch er feststellen wollte, daß zwischen dem Zeugen und der angeklagten Ehefrau Poppenberg dennoch ein unerlaubtes Verhältniß bestanden habe, und durch das Verhalten beider Angeklagten in ein milderes Licht gestellt würde. Der Gerichtshof glaubte, den Angeklagten diesen Beweis nicht abschneiden zu dürfen, sondern vertagte die Verhandlung, um zum nächsten Termin weitere Zeugen zu vernehmen.

Einundvierzig Jahre Zuchthaus als Einzelstrafen, die allerdings nach dem Gesetze auf eine Gesammtstrafe von neun Jahren zusammen zu ziehen seien, beantragte der Staatsanwalt am Mittwoch gegen die 28jährige unverehelichte Marie Kluge, welche wegen Diebstahls in neun und wegen Betruges in 23 Fällen vor der zweiten Ferienstrafkammer des Landgerichts I stand. Die Angeklagte ist eine äußerst gefällige Hochstaplerin, welche ihr gewandtes Benehmen in Verbindung mit einem gewinnenden Aeußeren bei ihrem schwindelhaften Treiben wohl zur Anwendung zu bringen wußte. Sie hatte kaum eine dreijährige Zuchthausstrafe wegen Betrugs verbüßt als sie dort wieder den alten Weg betrat. Sie hat in vielen

---

ruft Reibungen hervor; die unterste Luftschicht ist bestrebt, die an derselben heftenden Theilchen des Wassers mit fortzuziehen, und es entstehen kleine Vertiefungen und Erhöhungen, an welchen der Wind nur immer mehr Angriffspunkte und Gelegenheit zum Eindringen findet. So nimmt mit der Dauer der Wirkung auch die Größe derselben progressiv zu; immer aufgeregter wird die See, immer zerrissener die Oberfläche, und immer leichteres Spiel hat der Wind. Am meisten muß sich diese Erscheinung an den dem Winde besonders ausgesetzten Stellen ausprägen, das ist an der Hinterseite oder der dem Winde zugekehrten Seite des Wellenberges; zu Schaum gepeitscht, werden hier die einzelnen Theilchen der Oberfläche auf die Spitze des Wellenberges emporgetrieben, hier jenen sprühenden Gischt, den Wellenkamm bildend, und unter der Wucht des Windes weiter getrieben, an der geschützten Seite des Wellenberges zusammen- und mit großer Gewalt steil in das Thal hinabstürzend. Diese brechenden und schäumenden Wellenkämme sind es, welche dem Schiffe so verderbenbringend werden, indem sie erbarmungslos über dasselbe herfallen und Alles zertrümmern, was ihnen in den Weg kommt. Nicht die eigentliche Wellenbewegung (Die Dünung), welche in harmlosem Spiele das Fahrzeug auf- und abschaukelt, bildet die Gefahr. Durch die, die Oberfläche des Wassers bedeckende Oelschicht wird dieselbe dieser letzteren Wirkung des Windes entzogen, indem sie einerseits gegen den direkten Angriff des Windes auf das Wasser eine Schutzdecke bildet, selbst aber vermöge ihrer großen Zähigkeit und Cohäsion einem Zerreißen und Eindringen des Windes einen größeren Widerstand entgegensetzt, andererseits die etwa an der Oberfläche entstehenden Unebenheiten sofort wieder ausgleicht, indem das Oel in die Poren eindringt und sie ausfüllt. So findet der Wind, statt der rauhen Wasseroberfläche eine vollkommen glatte Fläche, jede Reibung zwischen Wind und Wasser wird genommen, und er muß unbeanstandet über die geglättete Fläche dahingleiten.

F. Holthof.

deutschen Städten die Hotelbesitzer um baare Darlehne und um den Betrag der Zeche geprellt, indem sie unter allerlei falschen Vorspiegelungen sich Kredit zu verschaffen wußte, um bei passender Gelegenheit zu verschwinden und in einer anderen Stadt aufzutauchen. Es lagen dieserhalb 15 Betrugsfälle gegen sie vor. Im vorigen Herbste wandte sie sich wieder nach Berlin und hier ist sie eine wahre Geißel für die Zimmervermieherinnen gewesen. Sie gab sich für die Tochter eines höheren Beamten aus der Gegend von Halberstadt aus, legte sich aber stets einen häufig vorkommenden Namen wie Schulze, Müller oder Neumann bei, wodurch ihre Identifizirung bedeutend erschwert wurde. Die erste sich bietende Gelegenheit benutzte sie, um ihren Wirthsleuten Werthsachen, besonders Uhren u. dergl. zu stehlen und damit zu verschwinden. Eine beliebte Methode des Schwindels war auch die, daß sie hiesigen Familien von ihren auswärtigen Angehörigen angeblich Grüße zu bestellen hatte, nachdem sie vorher über die Verhältnisse der letzteren eingehende Erkundigungen eingezogen. In den seltensten Fällen wurde der fein auftretenden Dame ihre daran sich knüpfende Bitte um ein Darlehn von 20 M., damit sie wieder zurückkehren könne, abgeschlagen. Ihrem Hauptzug machte die Angeklagte kurz vor ihrer Verhaftung. In einer Restauration hatte sie einen reichen Pferdehändler kennen gelernt, der sich in sie verliebte und sie zu heirathen vorgab. Eines Tages sollte das Brautpaar nach Halberstadt reisen, um sich den Eltern der Braut vorzustellen. Da dieselben überhaupt nicht existirten, mußte die Angeklagte auf Mittel und Wege sinnen, sich vorher aus der Schlinge zu ziehen. Auf dem Potsdamer Bahnhofe wurde der Pferdehändler von einer eigenthümlichen Müdigkeit befallen. Er schlief, auf einer Bank im Wartesaale sitzend, ein. Als er erwachte, war die Braut verschwunden und mit ihr sein Portemonnaie, das 425 M. enthalten hatte. Dem Bestohlenen gingen die Augen auf, er erstattete Anzeige und es gelang auch, der Diebin habhaft zu werden. Der Gerichtshof verurtheilte dieselbe nach dem Antrage des Staatsanwalts zu neun Jahren Zuchthaus, 3000 M. Geldstrafe event. noch 200 Tage Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen.

Die Verhandlung im Prozesse gegen Baumgarten und Genossen, wegen Vergehens wider das Sozialistengesetz, findet am 21. September, Vormittags 11½ Uhr, vor der zweiten Strafkammer statt.

Soziale Uebersicht.

Wir erhalten folgende Berichtigung: In der Beilage der Nr. 175 Ihres Blattes vom 30. Juli d. J. befindet sich unter „Soziale Uebersicht" ein Artikel beginnend mit den Worten „An die Schuhmacher Berlins!", in welchem die Behauptung aufgestellt ist, ich hätte von meinen Arbeitern eine Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 8 Uhr, sowie Sonntagsarbeit verlangt. Unter entrüsteter Zurückweisung dieser Zumuthungen hätten die Arbeiter hierauf ihrerseits Forderungen auf 11stündige Arbeitszeit und Wegfall der Sonntagsarbeit gestellt und, da ich dieselbe nicht bewilligt, die Arbeit niedergelegt. Diese Behauptungen sind von Anfang bis zu Ende erfunden. Ich habe niemals von meinen Arbeitern eine bestimmte Arbeitszeit verlangt, da ich alle Arbeiter in Akkord arbeiten lasse, und bezüglich der Sonntagsarbeit es lediglich so gehalten, daß etwaige kleine unaufschiebbare Reparaturen nöthigenfalls auch am Sonntag gefertigt wurden, wozu regelmäßig ein einziger Arbeiter ausreichte. Am 26. Juli d. J. traten darauf meine Arbeiter plötzlich mit einer Forderung auf 11stündige Arbeitszeit und Wegfall der Sonntagsarbeit an mich heran, worauf ich Ihnen erklärte, daß mir die Arbeitszeit ganz gleichgiltig sei und sie sich diese einrichten könnten, wie sie wollten, daß ich aber auf meinem bisherigen Standpunkte bezüglich der Sonntagsarbeit beharren müsse.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 ersuche ich Sie um Aufnahme dieser Berichtigung in Ihrem Blatte. Hochachtungsvoll J. Machill, Schuhmachermeister, Brunnenstraße 116a.

Versammlungen.

Eine Volksversammlung fand am Mittwoch Abend im Belforter Salon, Belforterstraße 15 statt, deren Zweck es war, Stellung zu den Verhandlungen der Versammlung in der Beuthstraße zu nehmen. Das Lokal konnte höchstens 600 Personen fassen. Soviel Personen mochten denn auch etwa anwesend gewesen sein. Der Verlauf der Versammlung gestaltete sich folgendermaßen:

Nachdem die Herren Grothmann, Gottfried Schulz und Nürnberg in das Bureau gewählt waren, nahm der Steinmetzer Albert Schulz das Wort zu folgenden Ausführungen. Der jüngst stattgehabte Pariser Kongreß hat uns das erhebende Schauspiel vor Augen geführt, wie ernste Männer von bedeutender Begabung zwischen den Proletariern aller Nationen Einigkeit gestiftet haben. Hier in Berlin, der Stadt der Intelligenz, müssen wir es einige Wochen später erleben, daß einzelne Leute nur aus Vergnügen am Skandal Radauversammlungen inszeniren, wie sie andere Parteien nicht besser veranstalten können und Zwistigkeiten unter die Arbeiter zu tragen suchen. Die Fragen, um die es sich hier handelt, sind keine Prinzipien-, sondern nur Personenfragen und nur Prinzipienfragen gehören vor das Forum der Oeffentlichkeit. Die Fragen, um die es sich hier handelt, sind nur interne Angelegenheiten der freireligiösen Gemeinde. Die Mitglieder der freien Gemeinde mögen sich gegenseitig die Köpfe abreißen, die Berliner Arbeiterschaft hat damit nichts zu thun. (Beifall und Lärm.) Die Arbeiter stehen mit ihren Idealen viel zu hoch. Besonders zu verurtheilen in der Angelegenheit ist die Haltung des „Volksblattes". Die Sprechsaalblüthen, wie sie das „Volksblatt" gebracht hat, gehören nicht hierher. Ein Arbeiterblatt hat Prinzipien- und keine Personenfragen zu erörtern; wir können verlangen, daß uns vom „Berliner Volksblatt" eine andere Kost vorgesetzt wird. So kann ich die Rubrik „Sprechsaal" nur mit dem Namen „Allgemeines Waschfaß" belegen. Redakteur Baake hat in der letzten Versammlung Herrn Kunert als ehrlos hingestellt. Was würde dieser Herr wohl sagen, wenn ihm ein gleich unmotivirter und schmählicher Angriff widerfahren wäre? Man hat Herrn Kunert die Bildung abgesprochen; um den Bildungsgrad dieser Herren zu beleuchten, diene das folgende Beispiel. Herr Max Baginski sagte, Kunert habe mit Lassalleanischen Phrasen um sich geworfen. Das heißt doch nichts anderes, als daß die Lehrmeinungen Lassalle's Phrasen sind. (Lebhafter Beifall und Lachen.) Hat das Lassalle um uns verdient? (Erneutes Lachen.) Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß man jetzt, wo man sich zu den Reichstagswahlen rüstet, eine Zerklüftung unter den Arbeitern herbeiführt. Die Herren, die sich anmaßen, über den Arbeitern zu stehen, sollten bedenken, daß sie die Arbeiterschaft vertreten, sich also dem Willen derselben zu unterwerfen haben. Ich wiederhole, vor dem Forum der Oeffentlichkeit müssen alle Erörterungen über Personenfragen unterbleiben. (Beifall und Lärm.)

Schuhmacher Kassau gab darauf unter wachsender Unruhe der Versammelten einen Rückblick auf die fraglichen Vorgänge in der freien Gemeinde und die Entstehung des Zwistes, der in der Wahl und darauffolgenden Nichtigkeitserklärung der Wahl des Dr. Huber zum Religionslehrer der Gemeinde zu suchen sei. Redner betonte dann weiter, daß ihm Dr. Huber als Lehrer lieber gewesen sei als Kunert und daß er die Meinung vertrete, die Stellungnahme gegen das Verhalten Kunert's sei nicht blos eine Personenfrage sondern auch genügsam Prinzipienfrage. Die Erörterung in der Oeffentlichkeit sei deshalb durchaus geboten.

Schuhmacher Metzner, der alsdann das Wort nahm, führte etwa aus: Die Darstellung Kassau's ist nicht ganz richtig. Es ist eine erbärmliche Verleumdung, Herrn Kunert der Lohndrückerei zu beschuldigen; Herr Vogtherr hat in der letzten Versammlung den Sachverhalt klar gestellt. Man hat ausgesprengt, die freireligiöse Gemeinde habe sich Ausnahmegesetze geschaffen und Kunert habe dabei geholfen. Wir haben kein Ausnahmegesetz geschaffen, sondern sind ganz den Statuten gemäß verfahren. Herrn Kunert kann nicht der geringste Vorwurf treffen. Die Haltung des „Berliner Volksblatt" ist unverantwortlich gewesen. Herr Cronheim hat behauptet, das „Berliner Volksblatt" werde von den bedeutendsten Sozialdemokraten der Welt redigirt. (Großes Gelächter.) Ich will das nicht bestreiten. Nur soviel behaupte ich, sie haben weder den Briefkasten, noch den Sprechsaal redigirt, das haben die beiden Redakteure gethan und diese haben nicht unparteiisch gehandelt, sondern ihren persönlichen Haß gegen Kunert Ausdruck verliehen. Wer ist denn gegen Kunert aufgetreten? Herr Schade, der vergeblich auf den Unteroffizier spekulirt hat, dem der Matrose mit dem Tauende ausgetrieben wurde und der sich jetzt als sozialdemokratischer Agitator aufspielen will. (Rufe: Pfui! Beifall. Furchtbarer Lärm.) Herr Baake soll seine ehrenrührigen Angriffe auf Kunert auch noch beweisen. Es ist dann ferner behauptet worden, die freireligiöse Gemeinde habe sich an die Rockschöße der Sozialdemokratie gehängt. Ich muß dagegen protestiren. Die Gemeinde ist ein völlig neutrales Gebiet für alle politischen Parteien. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder sind freilich Sozialdemokraten.

Inzwischen sind mehrere Resolutionen eingegangen. Es wird beantragt, sofort über dieselben abzustimmen. Die Herren C. Baake und Fr. Berndt erheben hiergegen Widerspruch. Bis jetzt hätten nur die Freunde Kunerts gesprochen. Herr Kassau könne gar nicht in Betracht kommen, da er sich nur mit den Angelegenheiten der freireligiösen Gemeinde befaßt habe. — Die Majorität entscheidet sich für sofortige Abstimmung über die Resolution. (Unruhe.)

Mit großer Majorität wird die folgende Resolution angenommen:

„Die heute im „Belforter Salon" tagende öffentliche Volksversammlung protestirt energisch gegen das Vorgehen einer Minorität der freireligiösen Gemeinde ihren Streit der Kritik der Oeffentlichkeit zu übergeben, wovon der Zweck einzig und allein der ist, dem Stadtverordneten Kunert das ihm von den Berlinern Arbeitern geschenkte Vertrauen zu entreißen und ihn in den Augen derselben zu diskreditiren. Die Versammlung spricht dem Stadtv Kunert ihr volles Vertrauen aus und geht hiermit über die Vorgänge in der freireligiösen Gemeinde endgiltig zur Tagesordnung über."

Die zweite Resolution kam infolge dessen nicht zur Abstimmung; dieselbe hatte etwa folgenden Inhalt:

„Die Versammlung erklärt, daß das Gesammtverhalten des Herrn Kunert sowohl in der Freien Gemeinde als auch in seinem sonstigen Auftreten für die sozialdemokratische Partei schädlich ist und ist der Ansicht, daß Herr Kunert die Sozialdemokratie nur als Mittel ansieht, seinen durch nichts gerechtfertigten Ehrgeiz zu befriedigen. Aus diesen Motiven erklärt die Versammlung, daß Kunert nicht berechtigt ist, die sozialdemokratische Partei öffentlich zu vertreten und geht über ihn zur Tagesordnung über.

Redakteur Baake erklärte hierauf, da kein Gegner Kunert's vor der Abstimmung über die Resolutionen zum Wort gekommen sei, wäre es zwecklos, nach der Abstimmung noch über die Angelegenheit zu sprechen. Es würde dadurch nur Lärm hervorgerufen werden. Auch sei der Saal viel zu klein, als daß das Urtheil dieser Versammlung endgiltig sein könnte. (Lärm.) Vielleicht wäre es besser gewesen, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Aus diesen Gründen verzichte er (Redner) darauf, hier noch zur Sache zu sprechen und ziehe seine Wortmeldung zurück. (Unruhe.)

Herr Max Baginski erklärt zur Geschäftsordnung, daß er in dem Vorgehen der Majorität eine Vergewaltigung der Minorität erblicke. (Lärm.) Er fordere die Minorität auf, den Saal zu verlassen. — Etwa 50 Personen kommen dieser Aufforderung nach.

Nachdem die Ruhe wieder hergestellt, dankte Herr Kunert für das ihm ausgestellte Vertrauensvotum. Es sei ihm dadurch möglich geworden, seine bisherige politische Thätigkeit fortzusetzen. Eine Versammlung in Luckenwalde habe ihm am vergangenen Montag auch ein Vertrauensvotum ausgestellt. Er hoffe, daß ihn die Versammelten auch ferner gegen Angriffe schützen würden. (Beifall.)

Herr Tischler Krause sprach dann noch folgendermaßen: Der Haß gegen Kunert richtet sich blos deshalb gegen ihn, weil er auf der Kandidatenliste zum Reichstage steht und ihn verschiedene Andere darum beneiden. Mit der derzeitigen Redaktion des „Berliner Volksblatt" muß gründlich aufgeräumt werden. Die Herren, welche im „Berliner Volksblatt" jetzt das Wort führen, sind mit der sozialdemokratischen Partei so verwandt, wie Suter mit der freien Gemeinde. Herr Cronheim hat durchaus nicht das Recht, sich als Vormund der Arbeiter aufzuspielen, denn vor der Gründung des „Berliner Volksblatt" war er in sozialdemokratischen Kreisen ganz unbekannt. Den Schluß seiner Ausführungen bildete eine Rechtfertigung bezüglich des Vorwurfs, er habe am 90. Geburtstage Kaiser Wilhelm I. illuminirt.

Ein Antrag: Die Versammlung beschließt, den Besitzer des „Berliner Volksblatt" aufzufordern, den Redakteur Kurt Baake sofort aus der Redaktion zu entlassen, widrigenfalls jeder verpflichtet ist, das Abonnement auf das „Berliner Volksblatt" abzubestellen", wird als „zu thöricht" ad acta gelegt. Auf Antrag des Tischlers Herrn Thierbach wurde darauf der Schluß der Versammlung herbeigeführt.

Eine öffentliche Versammlung der Lackirer fand am 26. August in Scheffer's Salon, Inselstraße, statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wie stellen sich die Lackirer zur Aufbesserung ihrer eigenen Lage, und welche Forderungen gedenken wir in nächster Zeit zu stellen? 2. Verschiedenes. Als erster Vorsitzender fungirte O. Schüßler, als zweiter A. Kremnitz und und als Schriftführer G. Nahrhaft. Zum ersten Punkt ertheilte der Vorsitzende dem Kollegen Nahrhaft das Wort. Derselbe führte den Kollegen ihre eigene traurige Lage vor Augen und erklärte dieselbe für eine ganz erbärmliche. Redner ging des Näheren auf die hiesigen Lohnverhältnisse ein, und daß der Mensch bei einem Minimallohn von 19,80 M. nicht bestehen könne, müßte selbst der verbissenste Innungsbruder einsehen und zugeben. Der durch den vorjährigen Streik errungene Minimallohn kommt den Gehilfen aber nicht einmal zu Gute, da die Lackirerbranche ein Saisongeschäft ist und kaum 25 pCt. der Lackirer fortwährend Arbeit haben. So legte Redner durch Verlesung eines genau geführten Tagebuchs eines hiesigen Kollegen klar, daß der Durchschnittsverdienst in der Haupt- und Residenzstadt sage und schreibe 14 M. 77 Pf. betrug. Hier ist wohl jeder Kommentar überflüssig. Um dieses, was ein Berliner Gericht Hungerlöhne nennt, verdienen zu können, haben wir 3—4 Jahre gelernt. Um dieses zu verdienen, setzten wir uns der Bleikolik und andern Gewerkskrankheiten aus, um dieses zu verdienen, schädigen wir durch giftige gemischte Farben unsere Athmungsorgane und unser Augenlicht und schließlich haben wir von dem vielen im Wasser arbeiten schon frühzeitig Gicht und Rheumatismus in den Gliedern Kollegen seht Euch gegenseitig an, abgehärmte, elende Gestalten. Seht euere Kinder, wenn sie vor Tagesgrauen Frühstück und Zeitungen tragen. Seht euere Frauen, wovon die meisten im blühendsten Alter Schwindsuchtsrosen auf den Wangen haben. Sie alle klagen uns an, in ihren Blicken liegt der Vorwurf: Ihr seid nicht nur berechtigt, sondern ihr seid verpflichtet, uns eine bessere Lebenslage zu verschaffen, oder ihr bringt Euch und uns um Jahre früher in das Grab. — Man spannt den Bogen so lange bis er bricht, und bei uns ist es die höchste Zeit, daß er bricht, denn auf das tiefste Niveau sind wir bereits gesunken und man muß sich schämen, daß es soweit gekommen ist. Um dieses alles zu ändern, muß aber zuerst der Indifferentismus schwinden, welcher leider schon so tiefe Wurzeln geschlagen hat, und es muß aufgehört haben, daß die Kollegen sich einbilden, durch Selbsthilfe etwas zu erringen. Redner führte den Fall eines Kollegen an, welcher bei einem Innungsmeister gearbeitet hat. Als derselbe den Kollegen während der Streikzeit ausgenutzt hatte, wurde derselbe bei der flauen Zeit entlassen, so zu sagen ohne Grund. Das ist recht bezeichnend und nichts neues für einen sogenannten Innungsbruder. Jeder Kollege muß voll und ganz für eine straffe und feste Organisation eintreten, dann ist uns noch zu helfen und sonst nicht. Ich fordere Jeden auf, den bestehenden Vereinen beizutreten, damit wir im nächsten Frühjahr mit der gewiß gerechten Forderung eines 9stündigen Arbeitstages und eines Minimallohnes von 45 Pf. hervortreten können. Im weiteren Verlauf erklärten die Kollegen Jungermann, Schüßler, Jakob und andere, daß es so nicht mehr gehe und unbedingt Remedur geschaffen werden müsse, damit auch wir den an uns von Staat, Gesellschaft und Leben gestellten Ansprüchen gerecht werden können. Fese (Charlottenburg) meinte, es wäre überhaupt unnütz, wenn wir bei dem Indifferentismus der Kollegen an eine Lohnbewegung dächten, denn die würde auf alle Fälle zu Wasser, wir würden uns mehr schaden, wie nützen, den neunstündigen Arbeitstag würden wir doch nicht erreichen. Schüßler und Jakob entgegneten: Wenn wir einen neunstündigen Arbeitstag aufstellen, so können wir den jetzigen, welcher 11 und noch mehr Stunden dauert, durch einen allgemeinen zehnstündigen ersetzen und in vielen Werkstellen wird auch der neunstündige errungen werden. Kollege Rautenhaus erklärte, daß die Sklaven besser behandelt würden, als zum größten Theil die „freien Arbeiter", denn an den ersten wären die Unternehmer mit dem Geldbeutel direkt betheiligt, wenn aber die letzteren ausgenützt sind, so werden sie, etwa wie eine ausgepreßte Zitrone, auf die Straße geworfen und durch neue aus der Reservearmee genommene Kräfte ersetzt, und deshalb muß auch der 9stündige Arbeitstag unbedingt errungen werden, damit das Vagabundenthum etwas vermindert wird. Ein Antrag, eine Fünfer-Kommission zur Regelung der Vorarbeiten bei einer etwa eintretenden Lohnbewegung einzusetzen, wurde vertagt und das Büreau beauftragt, in nächster Zeit eine Versammlung mit ähnlich lautender Tagesordnung einzuberufen. Unter Verschiedenes bemerkte Kollege Rautenhaus, daß in Rixdorf die Kinder während der Schulferien zu Arbeiten herangezogen wurden, welche in Gefangenhäusern verboten sei. Kollege Müller ist in der Hofwagenfabrik bei Kühlstein gemaßregelt worden, weil er nicht übergearbeitet hat, derselbe theilte auch mit, daß dort das Trucksystem ausgeübt wird, welches doch gesetzlich verboten sei. Es wurden noch einige Mißstände im Gewerk erörtert und schloß der Vorsitzende die Versammlung um 12¼ Uhr.

Eine öffentliche Versammlung der Vergolder Berlins füllte am 28. d. M. den Scheffer'schen Saal und erörterte als ersten Punkt der Tagesordnung die Frage: „Wie stellen sich die Vergolder Berlins zu dem schon festgestellten Lohnsatz der Versilberer?" (Bekanntlich haben vor 14 Tagen die Versilberer beschlossen, eine Lohnerhöhung von 25 pCt. zu fordern und zwar 25 pCt. auf die bestehenden Preise in der Werkstatt.) Ueber obige Frage entspann sich eine lebhafte Debatte. Zunächst hatte sich die Versammlung darüber schlüssig zu machen, ob sie sich mit dem Beschlusse der letzten öffentlichen Versammlung, den Zuschlag von 25 pCt. auf die Werkstattpreise betreffend, aufrecht erhalten bezw. sich damit einverstanden erklären wolle? Dies war der Fall. Entgegen einem gemachten Vorschlage, nicht unvorbereitet in einen Streik einzutreten und zur Vorbereitung desselben eine Kommission zu wählen, welche Fragebogen zu vertreiben habe, um zu erfahren, wer gewillt sei, zu streiken, ferner um einen Streikfonds zu sammeln ꝛc., ging die allgemeine Meinung dahin, die Sache nicht zu verschleppen, dieselbe vielmehr so schnell als möglich in Angriff zu nehmen, da es keiner großen Vorbereitungen dazu bedürfe und zudem der Monat September der geeignetste Zeitpunkt für einen eventuellen Streik sei. Diese Ansicht war schließlich die ausschlaggebende und erklärte die Versammlung (meistens Versilberer) einstimmig, den oben angeführten Beschluß aufrecht erhalten und eventuell in einen Streik eintreten zu wollen. Im Anschlusse hieran wählte die Versammlung auf Antrag des Herrn Böhl nicht eine Lohnkommission, sondern direkt eine Streikkommission, bestehend aus 5 Herren und zwar den Herren Wilski, Steidel, Pflug, Gerndt und Behrndt. Die Kommission hat sich mit den Prinzipalen in Verbindung zu setzen und die Nebenforderungen zu formuliren (Aushang eines Lohntarifs in jeder Werkstatt ꝛc.). Die Gewerbe-Ordnung schreibt zwar vor, daß ein Lohntarif aushängen soll, doch ist dies leider in den seltensten Fällen der Fall. Die Versammlung beschloß fernerhin, daß der auszuhängende Tarif die 25 pCt. Aufschlag auf den alten Tarif in Berechnung zu ziehen habe und daß die zu stellenden Forderungen am Montag über acht Tage (9. September) in Kraft treten soll. In Werkstätten, wo die zu stellenden Forderungen nicht bewilligt werden, hat eine Arbeiseinstellung zu erfolgen. Es wurde ferner beschlossen, vom nächsten Sonnabend, den 31. d. M. ab in allen Vergolderwerkstätten freiwillige Beiträge zu einem Streikfonds zu veranstalten und zwar in Höhe von 50 Pf. pr. Person und von allen Vergoldergehilfen. — Unter „Verschiedenes" wurde u. A. auch die von Herrn Böhl in einem Aufrufe angeregte Kongreßangelegenheit zur Gründung eines Verbandes ꝛc. besprochen und mit Freuden begrüßt, eine Stellungnahme hierzu aber bis zu einer späteren Versammlung vertagt. — Am Montag Abend wird die Streikkommission bei Scheffer tagen und sind die gesammelten Gelder an die Kommission abzuführen. Nachdem noch der Vorsitzende den Beitritt zur „Freien Vereinigung" dringend empfohlen hatte, schloß er die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Gedeihen der Bewegung und das Gelingen des Vorhabens gegen Mitternacht.

Eine öffentliche Versammlung der Drechsler und verwandter Berufsgenossen tagte am Montag, den 26. August, in Deigmüller's Saal mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom internationalen Kongreß. 2. Antrag der Kommission, betreffend Verwendung des Ueberschusses und Auflösung der Kommission. 3. Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. — Kollege L. Hildebrandt wurde zum ersten, Richard Tabert zum zweiten Vorsitzenden und E. de Jung zum Schriftführer gewählt. Zum 1. Punkt erhält Kollege Rautenberg das Wort und liefert derselbe eine äußerst genau detaillirte Abrechnung. Danach betrug die Gesammteinnahme 529,98 M. und die Gesammtausgabe 412,35 M. Der Kommission wurde Decharge ertheilt. Zum 2. Punkt beantragt die Kommission, einer Zahlstelle der Vereinigung der Drechsler Deutschlands in Liegnitz 50 M. zur Deckung von Prozeßkosten zu bewilligen und wurde dieser Antrag nach näherer Begründung einstimmig angenommen. Ebenso die zwei folgenden Anträge: 30 M. der sogenannten Spirituskommission, und den Rest der Vereinigung der Drechsler Deutschlands zu Agitationszwecken zu überweisen. Vor Auflösung der Kommission wurde das von derselben bezeichnete Mitglied Franz Rautenberg als Vertrauensmann gewählt zur Besorgung noch etwaiger Geschäfte. Zum dritten Punkt erhält Herr Wiedemann das Wort. Derselbe erklärt in trefflicher Weise die Ursachen des Bestrebens der Arbeiter sich zu organisiren. Zum Schlusse seiner mit großem

Beifall aufgenommenen Ausführungen legt Redner es allen Arbeitern dringend an's Herz, sich zu organisiren, da wir sonst einer sehr düsteren Zukunft entgegen sehen. In der äußerst interessanten Diskussion wurde mit Hinweis auf die so schwach besuchte Versammlung die Frage aufgeworfen, worin der Indifferentismus der Kollegen seinen Grund haben könne. Etwa in dem guten Glauben, daß die Maschine im Drechslerfach nicht eingreifen könne, welches an der Hand von Beweisen, wonach schon sehr viele Artikel ausschließlich Monopol der Maschinen sind, oder aber sei die Lage der Drechsler und speziell der „Berliner" Drechsler eine derartig glänzende, daß der Besuch einer Versammlung kaum für nöthig erachtet werden könnte? Wie glänzend diese Lage sein muß, beweist ein Fall, daß in der Werkstelle des Drechslermeisters Schwartze in der Reichenbergerstraße ein Kollege in einer Woche 3 M. 32 Pfg. verdient habe und derselbe, wenn auch klein und schwächlich, doch ein gutes und sauberes Stück Arbeit liefere. Von diesem Verdienst ging noch, wie bei jedem Arbeiter dort, 3 M. für „Dampf" in Abzug, macht von 3,32 M. die Summe von 32 Pf. Kommentar ist da wohl überflüssig. Dieses Denjenigen ins Album, die da glauben, augenblicklich glänzend gestellt zu sein oder äußerst leistungsfähig, bis auch sie arbeitslos und sich in ähnlicher Lage befinden. Ein unter „Verschiedenes" eingelaufener Antrag für Fortsetzung der Tellersammlung wurde vom anwesenden Beamten untersagt, trotz der Erklärung des Vorsitzenden, daß dazu kein Grund vorliege, da die Versammlung angemeldet sei mit der Bemerkung, zur Deckung der Unkosten eine Tellersammlung stattfinden zu lassen, ob vor oder nach Schluß der Versammlung sei nicht gesagt. Alles umsonst, ein Schutzmann stand Posten an der Thür, bis fast der Saal leer war. Zum Schluß machte der Vorsitzende aufmerksam auf den Streik der Kistenmacher, um dieselben auch nach Kräften zu unterstützen.

Der Fachverein der Tapezirer Berlins hielt am Montag, den 26. August, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Glocke über den „Niedergang des Kleinhandwerkerthums." Der Referent erledigte seine Aufgabe in einem einstündigen Vortrag in der bekannten vortrefflichen Weise und zollte die Versammlung dem Vortragenden lebhaften Beifall. Die darauf folgende Diskussion war eine sehr rege, es wurde angeführt, daß namentlich im Tapezirergewerbe dieser Drang nach Selbstständigkeit noch manchen zurückhält, sich der Arbeiterorganisation anzuschließen. Ebenfalls hätten die Kleinmeister in erster Linie die Verpflichtung, den Forderungen der Gehilfen sympathisch gegenüber zu stehen, da gerade sie sehen müßten, wie Ihre Existenz immer mehr durch das Großkapital gefährdet würde. Man empfahl, sich die Worte des Referenten recht ins Gedächtniß zu schreiben, es fehle immer noch der richtige Geist. Zum zweiten Punkt „Gewerkschaftliches" wurden mehrere Werkstätten gemacht, wo noch länger als neun Stunden gearbeitet würde, oder wo es der Fall ist, wird zehn Stunden geschrieben, so daß der Arbeiter immer im Nachtheil ist. Diese Vorkommnisse wurden der Werkstatt-Kontroll-Kommission überwiesen, um dagegen vorzugehen, nur müsse ferner mehr für den Fachverein agitirt werden, um so leichter ist es dann, einen Druck auf derartige Zustände auszuüben. Ferner wurden einige Schundmeister bekannt gemacht, welche für Tapezieren den Gehilfen 25 Pf. anzubieten sich nicht geniren. Dieses sei unterm Hund, ebenfalls sei dem nur durch eine stramme Organisation entgegen zu treten. — Zu Vereinsangelegenheiten wurde eine Kommission von 7 Personen zu dem am 13. Oktober stattfindenden Stiftungsfest gewählt. Nach Bekanntmachung der nächsten am 9. September stattfindenden Fachvereinsversammlung im obigen Lokal wurde die Versammlung geschlossen.

Der Allgemeine Metallarbeiterverein Berlins und Umgegend tagte am Montag, den 26. d. M. im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23 mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Vogtherr über „Giordano Bruno, seine und unsere Zeit." 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Der Vorsitzende Kollege Ungar ertheilte zunächst dem Referenten zu seinem Vortrage das Wort. Derselbe führte aus, daß man es als einen Triumph des Freidenkerthums begrüßen könne, daß am letzten Pfingstsonntage in dem „heiligen Rom" das Denkmal eines Mannes enthüllt worden sei, der auf das Geistesleben seiner Zeit einen nachhaltigen Einfluß ausübte und sich durch wahrhaft große Geistesarbeit hervorgethan hat; im Gegensatz zu den Personen, denen man gewöhnlich Denkmäler errichtet und die nur äußerlich eine hervorragende Rolle einnehmen. Er schildert dann das Leben und Wirken Giordano Brunos, seinen Kampf mit dem Papstthum und die Verfolgungen, die er deswegen zu erdulden hatte und die dann endlich zu seinem Tode auf dem Scheiterhaufen führten, auf dem Campo di Fiori angesichts des Vatikans, wo ihm in diesem Jahre ein Denkmal errichtet wurde. Redner bedauert, daß bei der Enthüllungsfeier die Universitäten Deutschlands nicht vertreten waren. Es ist dies ein Beweis, daß wir noch zu sehr von dem Banne des Kirchenthums befangen seien, wie es auch der heutige Schulunterricht zeigt, in welchem drei Jahrhunderte nach Giordano Bruno, die, durch das kopernikanische System, auf welches auch jener seine Lehren stützte, in ihren Grundvesten erschütterten Anschauungen noch immer gepflegt werden. Man hat Giordano Bruno und viele seiner Schriften verbrannt, jedoch seinen Geist und seine Ideen kann kein Papst und kein Mächtigster der Erde aus der Welt schaffen, und allen Bestrebungen, die den freidenkerischen Zug im Fesseln halten wollen, kann man das Wort Giordano Brunos zurufen, mit dem er sein Todesurtheil entgegennahm; Ihr verkündigt dieses Urtheil mit mehr Furcht, als ich es empfange! (Lebhafter anhaltender Beifall.) — Zu „Verschiedenes" gelangte ein Antrag zur Annahme, zur Ergänzung der Fach- und der Arbeitsnachweis-Kommission 3 resp. 2 Mitglieder zu wählen, und wurden in die erstere die Kollegen Schulze, Müller und Kriminsky, in die letztere die Kollegen Hummel und Meißner gewählt. Hierauf ergreift Kollege Lufin das Wort und bringt zur Illustration dessen, mit welchen Mitteln die Fabrikanten die Arbeiterbewegung bekämpfen, zwei schwarze Listen zur Kenntniß der Versammlung. Die eine, datirt aus dem Jahre 1874, betrifft den Streik in der Pflug'schen Fabrik und enthält 916 Personen. Die andere rührt aus der Arbeitseinstellung in der Hasse'schen Fabrik her und enthält die Namen der Kollegen, die infolge der Maßregelung des Kollegen Becker die Arbeit niederlegten. Redner unterzieht solche Manipulationen der Fabrikanten einer scharfen Kritik und fordert die Kollegen auf, angesichts dessen die Agitation um so eifriger fortzusetzen. Kollege Klein erklärt, daß der Verein auf Grund dieser schwarzen Liste versuchen werde, die an die Hasse'schen Kollegen gezahlten Unterstützungsgelder von Herrn Hasse einzuklagen. Ferner macht er bekannt, daß sich der Vorstand genöthigt gesehen habe, jene Mitglieder, welche sich mit Kollegen Becker nicht solidarisch erklärten, aus dem Verein auszuschließen. Der Verein ist ein Kampfverein und kann daher Mitglieder, die sich nicht voll und ganz seinen Bestrebungen anschließen, nicht gebrauchen. Der Vorstand glaubt daher konsequent zu handeln, wenn er diese Mitglieder, trotzdem ihre Zahl 32 beträgt, aus dem Verein entfernt, denn solch' eine Maßregel kann nur das Ansehen des Vereins stärken. (Lebhafter Beifall.) Kollege Gathert führt an, daß er seiner Zeit auf Grund der Liste aus der Pflug'schen Fabrik 17 Wochen außer Arbeit war, habe aber schließlich aus eben demselben Grunde Arbeit bekommen. Er ermahnt daher die Kollegen, sich durch Listen nicht entmuthigen zu lassen. Sobald der erste Anprall vorüber ist, nehmen die Fabrikanten ganz gerne die streikenden Arbeiter an, weil sie wissen, daß sich darunter immer die besten Kräfte befinden. Mit dem Ausschluß der 32 Mitglieder ist er vollständig einverstanden. Solche Elemente müsse der Verein entfernen, dieselben haben gezeigt, daß sie nicht werth sind, einer Vereinigung anzugehören. Er legt daher allen Kollegen ans Herz, stets die Interessen des Vereins zu vertreten, dann werden die Fabrikanten einsehen, daß sie mit uns zu rechnen haben. Kollege Becker schloß sich den Ausführungen der Vorredner an. Es geht keinen Fabrikanten etwas an, was die Arbeiter außerhalb der Fabrik beginnen. Er fordert die Kollegen auf, fleißig zu agitiren, denn wenn wir erst die Majorität auf unserer Seite haben, ist der Sieg unser. — Kollege Borowsky kritisirt die Zustände in der Geldschrankfabrik von Arnheim, Rosenthalerstr. 36 und wünscht, daß der Verein sein Augenmerk auf diese Fabrik richten möge. — Kollege Lindenheim fragt an, weshalb in diesem Lokale eine Versammlung stattfindet, da dasselbe nicht auf der Liste der Lokalkommission steht; worauf Kollege Klein erwidert, daß hier ein Versehen vorliege. Der Verein richtet sich stets nach der Lokalkommission. Er ersucht ferner die Kollegen auch bei den Destillateuren dahin zu wirken, daß kein Bier aus Brauereien getrunken werde, die ihre Lokale nicht hergeben, wie z. B. die Bergschloßbrauerei. Man müsse das Uebel bei der Wurzel anfassen, dann werde man auch Erfolge erzielen. Die Arbeiter in Leipzig und Dresden wären uns darin mit gutem Beispiel vorangegangen und was dort möglich war, müsse auch in Berlin durchführbar sein. Ferner ersucht noch Kollege Klein um rege Betheiligung an der Dampferpartie, die am Sonntag stattfindet. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung um 12 Uhr.

Eine allgemeine Bäckerversammlung war auf Donnerstag Nachmittag 3 Uhr einberufen worden. Der Saal füllte sich nur langsam, so daß erst nach 4 Uhr die Versammlung ihren Anfang nehmen konnte. Die Tagesordnung lautete: 1. Zweck und Ziele des Verbandes. 2. Wie verhalten wir uns zur Begründung einer Genossenschaftsbäckerei? 3. Bericht der Revisionskommission und Beschlußfassung über Veranlagung der Gelder. Als Vorsitzender fungirt Herr Pfeiffer. Er führt aus, daß gerade der letzte Streik die Bäcker lebendig auf die Gründung des Verbandes hinweise. Nicht allein den Bäckergesellen, sondern auch den Meistern ginge es trübselig. Diesen allgemeinen Mißständen gegenüber gäbe es nur ein Heilmittel, die Organisation, Anschluß an den Verband und Verkürzung der Arbeitszeit. Trotzdem die Bäckergesellen wenig verdienten, würde dennoch manche Mark unnütz von den Bäckern ausgegeben. Denn des Abends, wenn die Stätten der Bildung geöffnet seien, müßten die Bäckergesellen arbeiten. Des Nachmittags aber, wenn sie frei haben, liefen sie dahin, wo Bäcker zusammen seien, und was da getrieben werde, brauche er nicht zu detailliren. Was nützten die Tausende emporgehobener Hände, wenn nicht Herz, Sinn und Charakter dahinter zusammenstünden? Die 30 Pf. monatlichen Beitrag, welche der Verband erheische, könne auch der Aermste leicht abstoßen. — In der Diskussion nimmt zunächst das Wort Herr Schlüter. Er spricht sich im Sinne des Referenten und Vorsitzenden Pfeiffer aus und mahnt mit feurigen Worten zum Anschluß an die Organisation. Er erinnert an die schmachvollen „Gesindebücher" der Innung „Germania" und glaubt, daß, wenn die Bäckergesellen sich organisiren, sie ebenfalls mit den übrigen Handwerkern, mit der gesammten Arbeiterschaft in Reih und Glied marschiren werde. — Herr Kühne kommt mit kurzen Worten nochmals auf die schon von Herrn Pfeiffer erwähnte Führerfrage zu sprechen. Er führt aus, daß die Bäcker weder von Sonn- noch Feiertag etwas wissen, daß man bei den Bäckern bei überströmender Hitze 14 Stunden arbeite. Dies thue kein Pferd, das werde keinem Thiere zugemuthet. Dagegen, das müsse immer und immer wieder von neuem hervorgehoben werden, müsse entschieden Front gemacht werden. In Einigkeit aber müsse man wirken und darum hinaus mit den Friedensstörern aus dem Verein. — Herr Pfeiffer giebt ergänzend noch einige Mittheilungen aus dem Lager der Meister. — Herr Kraft erzählt, daß eine Anzahl von Kollegen die Streikkarten verbrannt hätten. Dies sei kein mutherweckendes Zeichen für den Verband. — Herr Kühne widerlegt diese engherzigen Bedenken und mahnt zur Einheit und Organisation. — Eine rege Diskussion schloß sich noch an diese Ausführungen. Herr Hoppe bittet ums Wort. Es erhebt sich ein großer Lärm. Herr Pfeiffer läßt darüber abstimmen, ob Herr Hoppe sprechen soll. Die Abstimmung ergiebt die Bejahung dieser Frage. Herr Pfeiffer legt erregt sein Amt nieder und erklärt, im Falle man Hoppe das Wort ertheile, aus der Bewegung der Bäckergesellen auszuscheiden. Es entsteht eine gewaltige Bewegung. Der zweite Vorsitzende Herr Kühne, dem die Leitung der Versammlung nunmehr übertragen worden, vermag sich nicht verständlich zu machen. Der überwachende Polizeilieutenant mahnt zur Ruhe. Eine weitere Abstimmung ergab die Ablehnung des Herrn Hoppe als Redner. — Ueber die Genossenschaftsbäckerei referirt sodann Herr Pfeiffer. Er hält die Idee für leicht realisirbar. Ein Risiko sei bei der Sache kaum zu befürchten. Er macht auch einen direkten Vorschlag, nach welchem man mit schon 3000 M. das Ganze ins Werk setzen könnte. Herr Schlüter ist der Meinung, erst die andern Arbeiter in einer einzuberufenden Volksversammlung für die Sache zu interessiren. Dann könne die Sache nicht fehlgehen. Zur Annahme gelangt folgende Resolution: „Die Versammlung erklärt sich für Gründung einer Genossenschaftsbäckerei, wenn die Berliner Bevölkerung uns in dieser Beziehung unterstützen will." — Da Niemand von der Revisionskommission anwesend ist, wird Herrn Hoppe das Wort ertheilt. Er nimmt lediglich Gelegenheit, zu erklären, daß die Revisionskommission noch nicht abgerechnet habe und ruft am Ende aus, man werde ihn noch rufen. Hoppe und mit ihm einige Anhänger verlassen den Saal. — Herr Schlüter erklärt, daß Hoppe's ganzes Gebahren der Oeffentlichkeit übergeben werden soll. Man werde ihn nicht wieder rufen. — Als Revisionskommission über den zweiten Streik werden gewählt die Herren Schellenberg, Wittisch und Hotub. — Bezüglich der Verwendung der aus dem Streikfonds übrig gebliebenen etwa 700 Mark ward beschlossen, daß 600 Mark auf der Reichsbank angelegt, das Uebrige zu Verwaltungszwecken verwendet wird. Darnach schloß die Versammlung.

Charlottenburg. Am Montag, den 26. August, tagte hierselbst eine öffentliche Versammlung der Schuhmacher und mehrerer gewerblichen Arbeiter mit der Tagesordnung: 1. Der Untergang des Kleinhandwerks. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt erhielt Herr Pirch (Berlin) als Referent das Wort. Redner schilderte in seinem mit Beifall aufgenommenen Vortrage die alten Zunftbestrebungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, und meinte, daß trotz der heutigen sozialen Zustände die größte Zahl der Kleinhandwerker noch immer den Arbeiterbestrebungen feindlich gegenüber steht; es bewahrheitet sich hier das Sprichwort, welches heißt: „Wen der Herr verderben will, schlägt er mit Blindheit", am allerbesten. Trotzdem sei die Arbeiterpartei Deutschlands stets im Wachsen begriffen, wofür der stattgefundene Kongreß, welcher in Paris tagte, das beste Zeugniß geliefert habe. In der hierauf folgenden Diskussion wurde erstens eine regere Betheiligung und Lesen von Arbeiterblättern dringend empfohlen und wurde hauptsächlich das „Berliner Volksblatt" und „Volks-Tribüne" in Vorschlag gebracht. Ferner wurde das Bedauern darüber ausgesprochen, daß hauptsächlich in hiesiger Stadt noch immer Arbeiter zu finden sind, welche sich den deutschfreisinnigen und konservativen Parteien bei einer etwaigen Wahl als Stimmvieh zu Verfügung stellen. Es wurde hierauf folgende Resolution angenommen: „Die heute bei Pohl tagende Versammlung der Schuhmacher und anderer gewerblicher Arbeiter ist der Ansicht, daß sämmtliche von den Innungen vorgeschlagenen Entwürfe, als da sind: Befähigungsnachweis u. s. w., u. s. w., als für den Kleinhandwerker, Gesellen und Arbeiter nicht vortheilhaft sind; sie erachtet vielmehr den Uebergang in die genossenschaftliche Betriebsweise als das einzige Heilmittel der Zukunft und beschließt, nur für Einführung derselben eintreten zu wollen. — Nach dem Schlußwort des Referenten wurde als Punkt 3, „Verschiedenes", hauptsächlich die Lokalfrage erörtert. Es wurde konstatirt, daß zu Volksversammlungen überhaupt kein Saal zu bekommen sei; dies zeige, wie schwer es sei, eine erfolgreiche Agitation zu entfalten. Es wurde beschlossen, daß bei Wirthen, welche niemals ihren Saal zu Versammlungen geben, überhaupt kein Arbeiter mehr verkehren soll. Behufs Regelung dieser Frage wurde eine Kommission gewählt und wird, wenn hier kein Saal zu bekommen ist, eine Versammlung nach Königshof, Willowstraße, zur Berichterstattung einberufen werden. Pflicht eines jeden klassenbewußten Arbeiters ist es, obigen Beschluß zur Wahrheit zu machen, denn so mancher Wirth ist auf Arbeiter-Groschen angewiesen; und wird uns zur Abhaltung einer Versammlung ein Nein erwidert, dann erwidern wir damit, nur unsere Groschen dahin zu tragen, wo wir gern gesehen werden. Darum, Arbeiter, Handwerker Charlottenburgs, wir stehen bald vor der Wahl, strebe ein jeder, daß bis dahin die Maulkorbmaßregel beseitigt ist, auf daß wir aus dem Wahlkampfe als Sieger hervorgehen.

Luckenwalde, 27. August. In der gestern stattgehabten Versammlung des hiesigen Arbeitervereins sprach Herr Kunert-Berlin über den Pariser Arbeiterkongreß. Bevor derselbe das Wort erhielt, wurde vom Vorsitzenden auf die am Donnerstag in Berlin in Heydrich's Salon abgehaltene Versammlung in Sachen Kunert hingewiesen und stellte derselbe zunächst den Anwesenden die Frage, ob Herr Kunert das Wort bekommen soll. Es meldeten sich infolge dessen die Herren Dorn, Haase und Partsch zum Wort, alle waren der Ansicht, Herrn Kunert das Wort zu ertheilen, da, wie die Sache jetzt liegt, von den Gegnern des Herrn Fritz Kunert nichts vorgebracht worden ist, was demselben zur Unehre gereicht. Der Streit in der Berliner freien Gemeinde kann unmöglich Sache der Parteigenossen sein, überhaupt ist es sehr gewagt, einen Mann, der immerhin für die Sache der Arbeiter eingetreten ist, in einer Versammlung, ohne daß man den Genossen Zeit giebt, sich ein gerechtes Urtheil zu bilden, zum todten Mann zu erklären; überhaupt sieht die Sache einer Ueberrumpelung sehr ähnlich. Nachdem der Vorsitzende, Herr Tabert, beide Berliner Resolutionen wiederholt vorgelesen hatte, brachte Herr Haase zur Vertrauens-Resolution folgenden Zusatz ein: „Nach unserer Kenntniß der Person und Gesinnung unseres Genossen Fritz Kunert schließen wir uns voll und ganz dem Vertrauensvoten der Berliner Genossen an — so lange — als gegnerischerseits nicht vollgiltige Beweise gegen den Genossen Kunert ins Feld geführt werden können."

Unser Votum lautet demnach: — (Hier folgt die Berliner Heydrich'sche Vertrauens-Resolution). Der Vorsitzende ließ nun zunächst über die Mißtrauens-Resolution abstimmen; für dieselbe hat sich Niemand erhoben, es gelangte nunmehr die Vertrauens-Resolution mit dem Zusatz Krause einstimmig zur Annahme. Hierauf erhielt Herr Kunert unter dem lauten Beifall der ungefähr 500 Personen starken Versammlung das Wort. Derselbe gab in einstündiger Rede der Versammlung einen Ueberblick über die Vorkommnisse auf dem Pariser Kongreß, schilderte das Pariser Volksleben, gedachte der Kranzniederlegung auf Heinrich Heine's Grab und schloß mit den Worten: „Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!"

* * *

Berliner Verein für volksverständliche Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Freitag, den 30. August, Abends 8½ Uhr in Keller's Hofjäger, Hasenheide, Vortrag des Herrn Hermann Gantz über den verderblichen Einfluß des Arztes und des Pflegers auf den Verlauf der Krankheit. Nach dem Vortrage geselliges Beisammensein und Tanz. Um zahlreichen Besuch wird dringend gebeten. Gäste sind willkommen.

Freie Vereinigung der Zuschneider, Stepper und Vorrichter Berlins. Sonnabend, den 31. August, Abends 8½ Uhr, Alte Jakobstr. 75. Fachvortrag.

Den Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandter Berufsgenossen zur Nachricht, daß die Bibliothek des Vereins am Montag, den 2. September, wieder geöffnet ist, und zwar jeden Montag Abend von 7—9 Uhr, und jeden Donnerstag Abend von 8—10 Uhr (Leseabend). Es wird ersucht, die Bibliothek fleißig zu benutzen und wieder bedeutende Werke angeschafft sind. Auch wird darum gebeten, die entliehenen Bücher baldigst abzuliefern. Die Bibliothek befindet sich Alexanderstraße 78 bei Winzer.

Ortskrankenkasse der Gürtler. Wir machen hierdurch bekannt, daß nach Abänderung des § 46 unseres Statuts die Generalversammlung fernerhin nur noch aus Delegirten besteht und findet deswegen am 1. September bei Werner's Lokal, Oranienstr. 170, eine außerordentliche Generalversammlung statt. — Die Herren Arbeitgeber, welche Beiträge aus eigenen Mitteln zur obengenannten Kasse zahlen, laden wir hiermit Vormittags 10 Uhr und die großjährigen Mitglieder Vormittags 11 Uhr ergebenst ein. Tagesordnung: Vorstandswahl.

Die Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin III, hält am Montag, den 2. September, im Lokal des Herrn Hoffmann, Brunnenstr. 38, eine Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen, speziell im Norden, zu dem Lohntarif der Vornik'schen Werkstatt? 2. Wie stellen sich die Mitglieder der Ortsverwaltung III zur Gründung einer Verwaltungsstelle im Norden Berlins? 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Hausdiener. Große Herrenpartie der Hausdiener am Sonntag, den 1. September, Nachmittags 2 Uhr Abfahrt Alexanderplatz.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Freitag. Männergesangverein Abends 9 Uhr im Restaurant Tamm, Schönhauser Allee 36. — Gesangverein „Pausebeutel" Abends 8 Uhr im Restaurant Hensel, Köpenickerstr. 15. — „Liedertafel der Maler und verwandter Berufsgenossen" Abends 9 Uhr im Restaurant Kleine, Brandenburgstr. 60. — Buchbinder-Gesangchor Abends 8½ Uhr Annenstr. 16. — Gesangverein „Flöter'sches Quartett" Abends 9 Uhr im Restaurant Mielebold, Landsbergerstr. 87. — Gesangverein „Fortschritt" Abends 9 Uhr im Restaurant, Blumenstraße 42. — Gesangverein „Echo 1872" Abends 9 Uhr Waldemarstraße 12. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Gesangverein „Ossian" Abends 9 Uhr Dresdenerstraße 85 bei Gustavus. — Huppert'sche Sänger-Vereinigung „Germania" Abends 9 Uhr bei Niett, Weberstr. 17. — Gesangverein „Sängerhain" Abends 9 Uhr Adalbertstr. 21. — Liedertafel des Fachvereins der Steintrager Berlins Abends 8 Uhr Große Hamburgerstr. 4 Uebungsstunde. — Gesangverein „Frohsorge" Abends 9 Uhr Restaurant Reiher, Alte Jakobstr. 83. — Gesangverein „Widerhall" Abends 9 Uhr bei Herrn Voge, Köpenickerstr. 191. — Gesangverein „Lorbeerkranz" 8½ Uhr Restaurant Weinstr. 11. — Berliner Turnergesellschaft (Fünfte Männerabtheilung) Abends 8½ Uhr in der städtischen Turnhalle Wasserthorstraße 31. — Turnverein „Hasenheide" (Männerabtheilung) Abends 8 Uhr Diefenbachstraße 60—61. — Turnverein „Frohsinn" (Männerabtheilung) Abends 8½ Uhr Bergstraße 57. — Wissenschaftlicher Verein für Moller'sche Stenographie Abends 8½ Uhr im Restaurant Ziethen, Dresdenerstraße 31. Unterricht und Uebungsstunde. — „Allgemeiner Krends'scher Stenographenverein", Abtheilung „Vorwärts", Abends 8½ Uhr im Restaurant Kleine, Marianennplatz 11. — Krends'scher Stenographenverein „Apollohund" Abends 9 Uhr im Restaurant, Seydelstr. 30. — „Verein ehemaliger Dr. Dochhalter'schen Schüler" Abends 9 Uhr im Restaurant Kreds, Friedrichstraße 208. — Dilettanten-Orchesterverein Abends 8½ Uhr Uebungsstunde im Restaurant Cölnischer Garten, Schartenstraße 12. — Zitherverein „Alpenveilchen" Abends 8½ Uhr im Restaurant „Wahlstatt", Bellealliancestraße 89. — Rauchclub „Westend" Abends 9 Uhr im Hohenzollerngarten, Steglitzerstraße 27. — Rauchclub „Weichselblatt" Abends 8½ Uhr im Restaurant, Skalitzerstraße 142. — Rauchklub „Ohne Zwang" Abends 8½ Uhr im Restaurant W. Sportmann, Wilhelmstraße 22.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

London, Donnerstag, 29. August. Die Direktoren der Dockgesellschaften haben eine Erhöhung des Lohnes der Dockarbeiter bis zum Betrag von 6 Pence pro Stunde definitiv abgelehnt.

Briefkasten.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

Klavierarbeiter. Ihre Annonze kann zum 4. September nicht mehr aufgenommen werden, da seitens der Lokalkommission schon über die Aufnahme der ersten Annonze Beschwerde geführt ist, indem die Philharmonie zu denjenigen Lokalen gehört, die ihr Lokal zu politischen Versammlungen nicht hergeben.

Verantwortlicher Redakteur: R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.